

## Rezensionen

**Schütt, Hans-Dieter: Glücklich beschädigt. Republikflucht nach dem Ende der DDR. Berlin: wjs Verlag 2009, 223 Seiten, 19,95 €.**

Um es gleich vorwegzunehmen: Selten hat ein Buch den Rezensenten kapitel-, seiten-, zeilen- und wortweise so geärgert wie dieses. Am liebsten würde er dem Verfasser mit einem zusammengerollten Exemplar der *Jungen Welt* (JW) – über die er sich einst ebenso geärgert hat – auf den Kopf klopfen. Doch zurück zum Keine-Gewalt-Ethos der friedlichen Revolution, ins Hier und Heute und zum Buch.

Zwanzig Jahre nachdem es Hans-Dieter Schütt, den damaligen Chefredakteur ebenjener Tageszeitung *Junge Welt*, von seinem Posten hinweggefegt hat, malträtiert er seine einstigen Leseopfer mit biografischen Einlassungen. Die *Junge Welt* – das war das der SED bis zum Kadavergehorsam treu ergebene Blatt des FDJ-Zentralrates, das die Politik der SED-Greisenriege mit dem Gestus penetrant-kumpelhafter Jugendlichkeit zu propagieren suchte. Hans-Dieter Schütt bietet seine Erinnerungen mit einem überhöhten Gestus dar. Dazu paßt, daß er sie dem Leser als „Essay“ verkaufen will. Diese Vorliebe für Kunstgriffe läßt dem Autor alle Rückzugsmöglichkeiten offen, obwohl er sich das Hemd förmlich bis zum Bauchnabel aufreißt.

Wer annimmt, der Mann plaudere endlich mal aus dem Nähk(n)ästchen seiner Verantwortlichkeiten und liefere ein einigermaßen treffendes Sittengemälde aus dem Betrieb eines Massenblattes, dessen Bedeutung sich schon allein an der das *Neue Deutschland* weit übertreffenden Auflage (1,5 Millionen) abschätzen läßt, der irrt gewaltig. Über Arbeit und Anleitung dieses bis zur Migräne frisch-fröhlichen Agitationsmittels erfahren die Leser nichts,

was über den Stand hinausgehen könnte, der schon vor vielen Jahren von seriösen Forschern publiziert oder von einstigen DDR-Journalisten ausgeplaudert worden ist. Wäre es anders, käme es auch gut zwanzig Jahre zu spät. Hat Hans-Dieter Schütt diese zwanzig Jahre gebraucht, um uns seine Läuterung zu präsentieren? Ist dieses Werk das Ergebnis eines jahrzehntelangen In-Sich-Gehens oder gar einer ehrlichen Reue? Angesichts des merkantil wohlgesetzten Erscheinungsdatums zum Jubiläum des Mauerfalls sind erhebliche Zweifel angebracht. Es sieht ganz so aus, als wolle der Verlag mit einer etwas abseitigen Wortmeldung (ehemaliger SED-Funktionsträger, intelligenter Journalist) zum Jubiläum Aufmerksamkeit zu erregen. Daß es sich dabei eben nicht, wie so oft, um ein revisionistisch orientiertes Haus wie die Edition Ost handelt, rückt den Vorgang in ein verdächtiges Licht. Sollte die Absorptionsfreude des bundesdeutschen Wortbetriebes nun auch diesen Schreiber-Schurken anlächeln? Gewinnt das Syndrom HDS – Schreibzwang in eigener Sache – wieder an Boden? Als die DDR im Orkus der Geschichte verschwand, sah es für Hans-Dieter Schütt gar nicht so gut aus. Damals war das Gedächtnis noch frisch, und die Vergangenheit noch nicht bewältigt. Ein gleichfalls Er-Schütterter einstiger JW-Leser, einer der einfach nicht ganz so schnell vergessen konnte und mochte, wünschte sich den Abtritt des „Verdienten Verhetzers des Volkes“: „Schütt zum Schütt“. Zu präsent war beispielsweise Schütts widerwärtige Rezension eines Films, den sich die DDR-Bürger nur im Westfernsehen anschauen konnten. Dabei setzte sich Tengis Abuladses Perestroika-Stück „Die Reue“ vergleichsweise milde und künstlerisch überhöht mit dem Stalinismus auseinander und verschonte das Publikum mit realistischeren Darstellungen des millionenfachen Mordens im Namen des Kommunismus. Nun, zwanzig Jahre danach, ist Schütt-Schütt immer noch da, geistert her-

um wie ein Untoter auf der Suche nach einem seinen Ambitionen angemessenen Pöstchen und giert nach Absolution für seine Missetaten – freilich ohne je dafür gebüßt zu haben. Seine Vorliebe für eine gedrechselte Sprache läßt die Asche, die er sich übereifrig aufs Haupt streut, wie Puderzucker erscheinen. Ein Spielverderber und Verächter scheingeistig garnierter Kost, wem das nicht schmecken mag. Schütts wortreiches Beknirschen erinnert an das SED-Prinzip von Kritik und Selbstkritik, paßt aber in eine Zeit, in der viele geradezu versessen darauf sind, niemandem wegen seiner Vergangenheit weh zu tun. Vorzugsweise jenen nicht, die anderen weh taten.

Es wird auffällig viel zitiert in diesem Buch, und zwar Erkenntnisse und Einsichten anderer – große Literaten, Philosophen, Schauspieler –, die der Autor geradezu wie einen Schutzschild vor sich hält. Die Gedanken, Zweifel, Fehlleistungen anderer, so scheint es, sollen Schütts Handeln erklären, wenn nicht gar entschuldigen.

Neben den meistens großen und selten kleinen Dritten, deren Leben als Blaupause dienen muß, redet der Autor oft in der dritten Person von sich, so als wolle er uns weismachen, daß er, der einst zu keiner Selbstreflexion fähig war, nun kritisch auf sich herabblicke. Durch das „er“ wahrt er die Distanz, die er zu seinem alten „Ich“ heute gerne hätte, da es ihm nicht mehr gefällt. Das klingt kompliziert, ist aber Teil seiner Strategie, die das Publikum glauben machen will, hier ginge jemand streng mit sich ins Gericht: „Was für einen Aufenthalt in der Kunst zu wenig war, das reichte immerhin, mich im Journalismus der Transparente (dieser breit aufgezogenen Fläche, um Transparenz zu verhindern) für groß zu halten.“ (S. 158). So schön geistreich sieht schonungslose Selbstkritik à la Schütt aus.

Keine seiner Selbstkasteiungen, die nicht wie eine Selbstbeweihräucherung wirkt.

Schütt gibt den Schöngest, er versucht sich ungebrochen in der Kunst der schönen Phrase, quält uns mit seinen neunklugen Aphorismen, die weiland seiner SED-gegebenen Herrschaft politischer Natur waren. Er sagt viel und spricht doch nichts aus. Keine Wahrheit, die wir nicht bereits wüßten, keine der spärlichen Fakten, die nicht andere schon vor ihm klarer benannt hätten. Im Gegenteil, es wird fröhlich feuilletoniert: „Hielt den Staat noch für perfekt, als er eigentlich schon plusquamperfekt war. Am Ende würde der Kommunismus sein Lernziel auf eine bittere Weise erreicht haben: Millionen Menschen sahen rot.“ Dieses Buch ist alles andere als eine ernstzunehmende Abrechnung mit einem System, dessen willfähriger Diener und geistiger Vollstrecker er war. Um seine eigene Rolle geht es erst recht nicht. Es ist vielmehr ein Ausdruck des Paradoxons, sich mit Selbstbezeichnungen und verschwurbelten Analysen für neue Aufgaben zu empfehlen. Schütt gehörte zu denen, die – alles andere als dumm und ungebildet – ihr Talent skrupellos in den Dienst einer schlechten Sache gestellt haben und sich dabei äußerst wohl und überlegen fühlten. Ob er das heute eloquent und rabulistisch bekennt, ist herzlich egal. Es ist alles andere als Zufall, daß sich Schütt im zwanzigsten Jahr nach dem Mauerfall zu Wort meldet, um zu verkünden, daß und mit welcher Befindlichkeit er in der Demokratie angekommen sei. Er möchte gehört, beachtet und verstanden werden. Letzten Endes geht es ihm darum, in diese Gesellschaft aufgenommen zu werden. Dabei wurde er das längst, wenn auch nicht seinen Ambitionen entsprechend. Er scheint es als Strafe zu empfinden, daß es ihn zum *Neuen Deutschland* verschlagen hat, dessen bemitleidenswerte Redaktion er mit seinen Elaboraten traktiert, und nicht zur *Zeit*. Dort sähe sich der studierte Theaterwissenschaftler sicher lieber, immerhin lobte die Hamburger Wochenzeitung den *JW*-Chefredakteur schon 1986 (S. 100).

Anders als viele andere seiner Zunft, die der Welten-Wandel aus dem Journalismus geworfen hat, saß Schütt nie auf den Fluren eines Arbeitsamtes. Er konnte bruchlos und stets gut versorgt in seinem Beruf weiterarbeiten. So ließ und läßt es sich trefflich gut leben in einem Staat, den er als haßpredigender SED-Lohnschreiber bekämpft hatte. Da kann man dann schon mal „glücklich beschädigt“ sein. Als es mit der DDR vorbei war, stürzte und stützte er sich fortan auf die Leben anderer, verfaßte Biographien mehr oder weniger dissidenter ostdeutscher Prominenter. Weiß der Teufel, was diese Menschen bewogen haben mag, sich ausgerechnet von Schütt interviewen zu lassen. Vielleicht reizte es sie, daß sich jemand in Demut krümmte, der zuvor von oben herab agiert hatte? Vom Glanz der Befragten fiel jedenfalls auch immer etwas auf Schütt herab, den emsigen Interviewer, der ihnen und uns damit weismachen wollte, er trüge schwer an seiner Last und leiste durch seine Arbeit Abbitte. So etwas kann nur glauben, wer sich für unverzichtbar hält. Und so etwas kann nur jemand akzeptabel finden, der es begrüßen würde, wenn sich Alkoholiker eine Entziehungskur in der Schnapsbrennerei verordnen. Wer trägt überhaupt die Last der Lüge – die Lügner oder die Belogenen?

In seinem essayistisch verbrämten Versteckspiel erweist sich der Schütt als treuer Anhänger eines narzißtischen Manierismus. Sein Geschreibsel fördert die böse Ahnung, daß dieser Mensch eines Tages zusammen mit Roger Willemsen eine Talkshow moderieren wird. Beide könnten dann, ganz in schwarz gekleidet, wohlgeformte Bildungsbälle jonglieren. Womit die innere Einheit endgültig vollendet wäre.

Was Schütt getan hat, bleibt unverzeihlich. Es war zu schamlos, zu gewissenlos, zu perfide. Während andere einfach nur eine öde SED-Zeitung machten, agierte Schütt mit Boshaftigkeit. Da-

zu hat ihn niemand gezwungen, kein PB, kein ZK, keine Agitationskommission und kein E.H. Statt jedoch irgendwann mal Nein zu sagen, perfektionierte er das Umlügen von Verbrechen in Banalitäten und betrieb die Verketzerung von Kritikern mit nimmermüdem Elan. Zu diesem Tun stiftete er auch die ihm untergegebenen Journalisten an. Wer nicht oder noch nicht so abgebrüht war wie der Chef, wurde unter Druck gesetzt. Seine Form der Vergangenheitsbewältigung ist für ihn bequem, wenn nicht gar wohlfeil. Mit seiner intellektuell verbrämten Anbiederei empfiehlt er sich Kreisen wohlmeinender Gutwessis (aber Wenigwessis), deren Verzeihungsethik faktenresistent und streichelsüchtig jeden Schurken in die Arme schließen will – am liebsten natürlich den eloquenten und geistreichen. Opfer dagegen scheinen diese Spezies zu nerven, wenn sie etwas anderes wollen, als sich in hochglänzenden Dramen verwursten zu lassen.

Sein verspäteter und doch kalkuliert getimter Erguß in eigener Sache macht deutlich, daß Schütt es vor zwanzig Jahren versäumt hat, die einzig redliche Konsequenz aus seinem Handeln zu ziehen – den Griffel endlich aus der Hand zu legen und nicht mehr zu schreiben. Diese Größe hat der Mann der ewig allzu großen Worte jedoch bis heute nicht. Im Gegenteil, er berichtet von einer kirchlichen Veranstaltung, wo er mit seinen Taten in Form seiner *JW*-Artikel konfrontiert wurde. Ex-Schreibtisch-Täter und -Geiferer Schütt schafft es, sich als Opfer dieser überfälligen Konfrontation zu stilisieren: „Man kann jemand mit einer Frage auch ansprechen. Ich versuchte, nichts abzuwischen.“ Der das sagt, spie einst Gift und Galle. Und heute? Er sinniert über sich in der dritten Person: „Da gräbt einer in seiner Seele [. . .] Da quält sich einer zutiefst aufrichtig und zwar für die Verwertung seiner Unehrllichkeit.“ (S. 116) Vielleicht, möchte man erwidern, läßt sich diese Un-

ehrlichkeit einfach nicht „verwerten“ – für keinen Heller und zu keinem Fitzelchen Erkenntnis.

Es ist nett von Schütt, daß er die „Reue“-Rezension in seinem Buch abdruckt, und auch ein Faksimile mit den Redigierungen Erich Honeckers. Dieses Stück hängt an ihm wie ein Ballast: „Der Text besiegelte mich. Er kostete, ich zahle noch heute ab.“ Möglicherweise ist das der unverrückbare Hemmschuh, an dem eine Karriere im Westjournalismus scheiterte. Möglicherweise sieht sich Schütt ungerechter behandelt als NS-Journalisten, die sich nach 1945 in Meinungspluralismus üben durften. Womöglich gebührt ihm ex post sogar Dank, zeigt der Artikel doch unübersehbar, daß die Orwellsche Schreckensvision in der DDR triumphiert hatte.

Ist Schütt also der große Mißverständene? Eher nicht, denn dafür kreisen Denken und Schreiben dieses Mannes zu offensichtlich um einen Punkt – sein Selbst. Wer Freude an ausufernden Ego-Trips und artifiziellem Wortgeklingel hat, der mag Gefallen an diesem Buch finden, aus dem die großen Namen nur so heraustropfen. Vielleicht steht der Leser aber auch nur fassungslos staunend vor der Erkenntnis, daß Intellekt und Anstand problemlos nebeneinanderherleben können, ohne daß ihre Wege sich je kreuzen.

*Tobias Voigt*

**Neubert, Ehrhardt: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München: Piper-Verlag 2008, 520 Seiten, 24,95 €.**

Ehrhardt Neubert, der 1940 in Thüringen geboren wurde, war im Jahr 2007 der erste, der im Vorfeld von zwanzig Jahren Revolution, Mauerfall und Wiedervereinigung eine Gesamtgeschichte dieser Monate in einem der großen deutschen Publikumsverlage vorlegte. Ab 1984 in der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen der DDR beschäftigt, legte er soziologische

Arbeiten zu oppositionellen Gruppen der DDR in den achtziger Jahren vor. 1998 folgte die umfangliche „Geschichte der Opposition in der DDR 1949–89“. In seinem neuen Buch reflektiert und verteidigt Neubert eindringlich die Bezeichnung „Revolution“, meldet allerdings seine Zweifel an dem mittlerweile durchgängig verwendeten Adjektiv „friedlich“ an. Immer wieder stellt er die revolutionäre Rolle der verschiedenen Akteure des Volkes heraus. Ohne die Massen, die stets aufs neue auf die Straßen gingen, hätte es weder den Sturz der SED-Herrschaft noch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gegeben.

Besonders bemerkenswert ist der ausführlich belegte und doch überraschende Ansatz Neuberts, unter „unserer Revolution“ nicht nur die Ereignisse bis zu den Märzahlen 1990, sondern auch die Zeit der Abwicklung der DDR, die Währungsunion und die Wiedervereinigung am 3. Oktober zu verstehen. Damit reiht er dann auch Westdeutsche mit in das „Revolutionspersonal“ ein – und er denkt dabei nicht nur an Helmut Kohl. „Unsere Revolution“ ist für ihn eine, „die erfolgreich die Ideen von Freiheit und Nation verband“. Die Revolution von 1989/90 stellte den drei Kernbereichen totalitärer Herrschaft Alternativen entgegen: Durch die Wiederherstellung des Rechts, die Debatte über die Geschichte und durch einen anderen Gebrauch der Sprache.

Der Sprache schenkt der Autor besonderes Augenmerk. So lautet sein durchgängiges Motto: „Dieses Buch will zeigen, dass Menschen im und durch Sprechen diese demokratische Revolution veranstalteten.“ Im ersten Kapitel „Brüchiger Kitt – Die DDR und ihr Personal im 40. Jahr“ führt Ehrhardt Neubert den Leser durch die geistigen und materiellen Landschaften dieses Staates, seinen Sozialismus, das strapazierte Nervensystem seiner Bewohner, die Kirche, die erstarkende Opposition und die in Massen Flücht-

den. In seine Darstellungen fügt er immer wieder Sprachzeugnisse wie Gedichte und Losungen ein und läßt damit diese Revolution, die auch eine Sprach-Revolution war, lebendig werden. Dabei kann er auf einen Quellenfundus aus den unterschiedlichen Gegenden der DDR zurückgreifen und viel völlig Unbekanntes präsentieren.

Unter dem Titel „Der Konflikt wird öffentlich“ schildert Neubert, wie im September 1989 der Gründungsprozeß oppositioneller Initiativgruppen einsetzte. Da waren auf der einen Seite die Bürgerbewegungen – mit der größten Breitenwirkung das Neue Forum – auf der anderen Seite Parteien wie die SDP und der Demokratische Aufbruch. Der Autor liefert Charakterisierungen der wichtigsten Gründungen und einiger exponierter Protagonisten.

Im Abschnitt „Leipzig – Kampf um die Straße“ stellt er heraus, daß die erste Massendemonstration in Leipzig mit 6 000 Teilnehmern schon am 25. September 1989 stattgefunden hat, und beleuchtet die Rolle der wöchentlichen Friedensgebete. Durch Einzelschilderungen wird deutlich, daß es vor dem 9. Oktober – „diesem Montag in Leipzig“ – sehr häufig Gewalt gegen Demonstranten im ganzen Land gegeben hat. Bis zu diesem Tag könne nicht von einer „friedlichen“ oder gewaltlosen Revolution gesprochen werden. So stellt Neubert die Überraschung und Überrumpelung der „Sicherheitskräfte“ durch die ungeheure Menschenmenge der 70 000 Demonstranten, die trotz Todesangst auf den Leipziger Ring strömten, als *den* entscheidenden Faktor für den Gewaltverzicht am 9. Oktober in Leipzig heraus.

Neubert nennt die Wochen nach diesem 9. Oktober „Schwebezustand“. Die SED versuchte mit einer „Politik des Dialogs“ die Revolution zur „Krenz-Wende“ zu kanalisieren. Doch die Demonstrationen wurden immer größer, dehnten sich auf die ganze DDR aus und durchkreuzten dieses Vorhaben. Besonders eindrucksvoll

ist hier das Beispiel aus Schwerin vom 23. Oktober. Der SED-Chef Heinz Ziegner hatte eine Gegenveranstaltung zu einer von der Opposition ausgerufenen Demonstration organisiert – einschließlich Beifalls, der zusätzlich von Lautsprecherwagen eingespielt wurde. Obwohl als Dialogveranstaltung angekündigt, wurde dem Neuen Forum das Rederecht verweigert. Als die Gruppe des Neuen Forums daraufhin den Platz verließ, schlossen sich ihr 40 000 Menschen zu einem Demonstrationzug durch die Stadt an.

Für diese Wochen resümiert Neubert: „Die Bürger waren stolz auf sich.“ Am 4. November zählt der Autor eine Million Demonstranten in fast 50 Städten. Er findet auch eine treffende Beschreibung der besonderen und genehmigten Berliner Demonstration am 4. November: „Auf der Tribüne ging es um Reform, auf dem Platz um Revolution.“ Und wieder: „Das Sprechen war der Vollzug der Revolution“. „Jeder Spruch hätte noch vor kurzem eine Zuchthausstrafe eingebracht.“ Was die Beteiligung der Arbeiter angeht, kann er allein von 206 Streikaktionen während der Revolution berichten.

Neubert arbeitet heraus, weshalb das Basisdemokratie propagierende Neue Forum die Menschen zwar mobilisieren, deren Interessen aber nach dem 9. November nicht mehr vertreten konnte. Seitdem schwand das Vertrauen der Bevölkerung in die Opposition. Die Rede Helmut Kohls im Bundestag am 8. November mit der Kernaussage „Wir wollen nicht unhaltbare Zustände stabilisieren“ deutet Neubert als Kurswechsel und als ersten intervenierenden Schritt des damaligen Bundeskanzlers. Kohl stellte nun Bedingungen für weitere finanzielle Hilfen: die Aufgabe des Machtmonopols der SED, die Zulassung der Opposition und freie Wahlen in einem überschaubaren Zeitraum.

Die entscheidenden Akteure des Mauerfalls sind für Neubert die Menschen, die zu den Grenzübergängen drängten, so daß

diese am späten Abend „geflutet“ werden mußten. Der Autor stellt heraus, daß die großen Demonstrationen auch nach dem 9. November weitergehen. Eine Stabilisierung der „Krenz-Wende“ soll verhindert und die bald dominierende Forderung nach Wiedervereinigung durchgesetzt werden. Neubert kann zeigen, daß es vereinzelte Einheitslosungen schon vor dem 9. November gegeben hat, auch wenn der Damm erst danach gebrochen wurde.

Die Legitimationslosung „Wir sind das Volk“ verwandelte sich in die politische Aussage „Wir sind ein Volk“. Kohls „Zehn-Punkte-Plan“ wird vom Autor konsequent so gedeutet: „Auf die ansteigende Demonstrationswelle in der DDR mit der dominierenden Forderung nach Wiedervereinigung musste die Bundesregierung reagieren. Mit dieser Kraft im Rücken konnte sie die höchst sensible Problematik angehen.“ Mit beachtlichen Deutungsversuchen beschreibt Neubert eine Fülle weiterer Ereignisse und Abläufe in der Revolution, so die Einsetzung der Modrow-Regierung und das schon am 4. Dezember beginnende Vorgehen der DDR-Bürger gegen die Aktenvernichtung. Es gelingt ihm, die allmählich einsetzende Aufarbeitung der DDR-Geschichte – darunter die „Deportation aus den Grenzgebieten“, die „Speziallager des NKWD“ und die „kalte Bücherverbrennung“ plastisch zu machen.

Der Autor beschreibt den Zerfallsprozeß der SED, die allein von November bis Januar 1 Million ihrer 2,3 Millionen Mitglieder eingebüßt hat. Die Zivilgesellschaft entfaltete sich schlagartig. Es kam, so Neuberts These, in jenem Herbst zu einer „Rekonstruktion der Gesellschaft“. Spannend ist auch Neuberts Interpretation der „Januar-Revolution“. Aus Angst vor einer Restauration der SED-Herrschaft nach dem „Treptow-Skandal“ (Teile des Ehrenhains für die gefallenen sowjetischen Soldaten im Treptower Park wurden am 27. Dezember mit nationalsozia-

listischen Parolen beschmiert.) entstand die dritte große Protestwelle. Im Eichsfeld skandierten die Demonstranten: „Kommt die SED wieder an die Macht, gehen wir noch in der selben Nacht.“ Der Autor spart nicht an Würdigung und Kritik der Runden Tische. Zu den März-Wahlen schreibt er: „Am 18. März siegte die Revolution mit dem Stimmzettel“ – übrigens bei einer Wahlbeteiligung von 93,22 Prozent. Er schildert die Wiederherstellung von Identität und Tradition bei der Länderbildung und bei den Umbenennungen von Straßen. Insgesamt wertet Neubert den Weg zur Einheit als einen Weg der Selbstbestimmung der Ostdeutschen. Er will, dass die Deutschen stolz auf diese Revolution sind. Darin ist ihm zuzustimmen. Aber die Mehrheit der Bevölkerung empfindet diesen Stolz bis heute nicht und die „Erinnerung an die Revolution [ist] noch kein gesellschaftliches Allgemeingut“. Warum das so ist, wird in diesem Buch leider kaum erörtert. Zwar ist gelegentlich von der allgegenwärtigen Angst in der DDR die Rede, aber die Tiefe der erfahrenen Schädigung durch die totalitäre Herrschaft wird nicht genügend herausgearbeitet. Dabei sind es diese Spätfolgen der SED-Diktatur, die die Menschen vielfach bis heute daran hindern, für ihre Interessen einzutreten.

*Anette Detering*

**Goldstücker, Eduard / Schreiber, Eduard: Von der Stunde der Hoffnung zur Stunde des Nichts. Wuppertal: Arco Verlag 2009, 226 Seiten, 32,- €.**

Der vorliegende Gesprächsband ist in mehrerlei Hinsicht aufschlußreich. Der renommierte Dokumentarfilmer und Übersetzer Eduard Schreiber ist etliche Male mit dem tschechischen Germanisten Eduard Goldstücker (1913–2000) in Prag zusammengekommen, um sich mit ihm auszutauschen. In seinem sehr dichten und bewegenden Nachwort stellt Schreiber fest, daß die Gespräche mit Goldstücker „ein Fragment“ geblieben seien.

Bestimmte Themen aus dem Bereich der tschechischen Kultur und Literatur seien unausgesprochen immer wieder verpagt worden. Äußerungen über Franz Kafka sucht man in diesem Band vergebens. Dennoch ermöglichen die dokumentierten Gespräche zwischen Schreiber und Goldstücker hochinteressante und packende Einblicke in das Prag der dreißiger Jahre, das Exil, den Prager Frühling bis hin zur Samtenen Revolution von 1989.

Bereits in seiner 1989 erschienenen Autobiographie *Prozesse – Erfahrungen eines Mitteleuropäers* hat Goldstücker eindrucksvoll dargelegt, daß eine unpolitische Philologie vor allem für einen Tschechen kaum möglich war. Es ist erstaunlich zu lesen, mit welchen bekannten Politikern, Künstlern und Schriftstellern Goldstücker zusammentraf.

In nahezu tragischer Weise bilden Herkunft, Werdegang und Schicksal des Eduard Goldstücker die Irrungen und Wirrungen des 20. Jahrhunderts im Herzen Europas ab. Goldstücker wurde 1913 als Kind armer jüdischer Kleinbürger im nordslowakischen Podbiel an der Orava geboren. In seiner frühen Kindheit erkrankte er lebensgefährlich. Während eines Bittgottesdienstes erhielt er den jüdischen Namen Jizchak Jakub Schalom ben Jozef. Bereits in jungen Jahren interessierte sich Goldstücker für das Wechselverhältnis von Politik und Literatur. Als Vorkriegskommunist mischte er sich in die Geschicke seines Landes ein. 1939 mußte er vor den Nationalsozialisten außer Landes fliehen. Den Zweiten Weltkrieg überlebten er und seine Frau Marta, mit der er bis zu ihrem Tod im Jahr 1997 zusammenlebte, im englischen Exil.

Der jungen kommunistischen Tschechoslowakei bot Goldstücker seine Dienste an. Schließlich hatte er im englischen Exil genügend politische Erfahrung sammeln können. 1949 trat er als erster Botschafter seines Landes den Dienst in Israel an. Doch als Westemigrant, Intellektuel-

ler und Jude geriet Goldstücker in den fünfziger Jahren in die Fänge des stalinistischen Terrors. 1951 wurde er in einem Schauprozess mit fingierter Anklage und fingiertem Geständnis zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach drei Jahren sinnloser und grausamer Haft wurde Goldstücker rehabilitiert. Er widmete sich fortan an der Prager Karls-Universität seinen Forschungen vor allem über die „Prager Deutsche Literatur“. Die von ihm maßgeblich vorbereitete, legendäre Kafka-Konferenz auf Schloß Liblice bei Prag im Jahr 1963 war ein Meilenstein für die Entwicklung einer reformsozialistischen Strömung innerhalb des Landes. Nicht von ungefähr zählt Goldstücker zu den führenden Protagonisten der Bewegung, die sich für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ stark machte.

Einen Sommer lang hielten die Reformsozialisten unter der Führung von Alexander Dubček nicht nur die Tschechoslowakei, sondern die ganze Welt in Atem. Um so bitterer wurde die gewaltsame Niederschlagung im August 1968 empfunden: „Als Hitler kam, hat sich nur bewahrheitet, was wir befürchteten. Aber von der Sowjetunion, nein, dieser Angriff, das war ein so schrecklicher Verrat, in jeder Hinsicht, auf jedem Niveau. Das war viel ärger als der Hitlerangriff. Wenn ich die zwei vergleiche, dann ist es ganz klar, der 21. August 1968 war ein tieferer Einschnitt in das Leben als der Hitlereinmarsch. Denn das bedeutete das Ende all dessen, was man vom Leben erhofft hatte.“

Ein weiteres Mal mußte Goldstücker ins Exil gehen. Ende des Jahres 1968 nahm er eine ihm angebotene Gastprofessur an der Universität Sussex im britischen Brighton an. Er kehrte nur einige wenige Male in seine Heimat zurück. So nahm er als gewählter Abgeordneter an den Tagungen des Nationalrates teil – das letzte Mal im Juli 1969. 1970 wurde er wie Tausende anderer Reformer aus der KPČ aus-

geschlossen. Vier Jahre später folgte die Ausbürgerung.

Die „Samtene Revolution“ hatte Goldstücker von seinem britischen Exil aus mit vorbereitet. Daß er sie miterleben durfte, war für ihn ein Wunder. Im hohen Alter machte sich Goldstücker mit seiner Frau auf den Weg in die alte Heimat. Das Paar ließ sich in Prag nieder. Daß Goldstücker in der nachkommunistischen Gesellschaft sowohl von den alten, als auch den neuen politischen Kräften im Land in die Zange genommen wurde, konnte er nicht vermeiden. Die alten Stalinisten sahen in ihm unverändert einen Verräter, die neue politische Klasse, ehemalige Mitläufer zu meist, warfen ihm seine sozialistischen Ideale vor.

Eduard Goldstückers Leben spiegelt das Schicksal Mitteleuropas in unvergleichlicher Weise wider. Ein sorgfältiger Anmerkungsapparat, ein Personenregister sowie eine Biographie Eduard Goldstückers erleichtern die Lektüre dieses Gesprächsbandes. Ergänzt wird das Buch durch zahlreiche bislang unveröffentlichte Fotos aus dem Leben Eduard Goldstückers.

*Volker Strebel*

**Ansorg, Leonore u. a. (Hrsg.): „Das Land ist still – noch!“ Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989): Köln u. a.: Böhlau Verlag 2009, 394 Seiten, 49,90 €.**

Es gibt inzwischen mehr Bücher über die DDR-Opposition, als es dort Oppositionelle gegeben hat. Das allein wäre freilich noch kein Grund, den Forschungseifer erlahmen zu lassen, denn die eigentliche Geschichte dieser Gruppen, Diskussionszirkel, Freundeskreise und widerborstigen einzelnen blieb bisher unerzählt. Die Ursache hierfür ist leicht auszumachen. Gerade in der akademischen Fachwissenschaft – weniger in der Erinnerungsliteratur – stehen die oppositionellen Aktivitäten seltsam isoliert neben der Lebenswirklichkeit des ostdeutschen Staatswe-

sens. Daraus ergeben sich zwei komplementäre Fehlwahrnehmungen, unter denen die Veröffentlichungen zur DDR-Opposition nur allzu oft leiden. Unter dem Vergrößerungsglas der Forschung nehmen die oppositionellen Mikrostrukturen gelegentlich ungeahnte Dimensionen an. Andererseits wird der organisierte politische Widerstand von manchen DDR-Forschern angesichts einer aktiven Anhängerschaft von weniger als einem Zehntausendstel der Bevölkerung oft als bedeutungslos abqualifiziert.

Den Autoren des vorliegenden Sammelbandes ist diese Problematik durchaus bewußt und versuchen dies in Bandwurmsätzen wie dem folgenden zu formulieren: „Hinsichtlich einer perspektivisch genaueren Erforschung der Formen von Opposition und Widerstand im Kontext politischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen gilt also die gleiche Notwendigkeit wie für die Ableitung von Formen politischer Gegnerschaft aus den vorpolitischen Formen abweichenden kulturellen und sozialen Verhaltens. Gerade die Aufklärung dieses, für eine gesamtgesellschaftliche Erklärung von Opposition und Widerstand entscheidenden Zusammenhanges von vorpolitischen Konfliktformen, Politisierungsprozessen und der Entstehung politischer Gegnerschaft innerhalb verschiedener Milieus, leidet unter der bisherigen politikwissenschaftlichen Ausschließlichkeit der Oppositionsforschung wie unter der benannten Verengung der politikwissenschaftlichen Ansätze selbst“ (S. 31).

Das hätte sich kürzer und vor allem eleganter sagen lassen, doch im Kern ist die Aussage vollkommen richtig. Wie aber lösen die einzelnen Autoren den selbstgestellten Anspruch ein?

Renate Hürtgens geht dem Arbeiterwiderstand in den siebziger und achtziger Jahren auf den Grund. Sie umkreist das Thema, bis sie feststellt, was schon vorher klar war: Es hat in der DDR seit den siebziger

Jahren keine nennenswerte Arbeiteropposition im gewerkschaftlichen Sinne gegeben. Laut der von ihr selbst zusammengestellten Tabelle kam es in der DDR im Jahre 1983 zu einer Arbeitsniederlegung. 1984 folgte ein streikfreies Jahr. 1985 hat es fünf solche Vorfälle gegeben, von 1986 bis 1988 jährlich zwei. Keines dieser Vorkommnisse war von überbetrieblicher Bedeutung. Wozu sollte man in einem Land, in dem ein permanenter Bummelstreik herrschte, noch streiken? Hätte man die Staatsmacht ernsthaft erschrecken wollen, wäre es wirksamer gewesen, mit doppelter Energie zu arbeiten. Allein wegen Materialmangels wäre die Produktion binnen kürzester Zeit zusammengebrochen. Die Wende von 1989 war eine Feierabendrevolution. Die Leute machten bis 17 Uhr ihre Arbeit im Büro oder an der Werkbank und gingen dann zu den Protestversammlungen und Demonstrationen.

Bernd Gehrke versucht in seinem Beitrag zwischen den Protesten nach dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings 1968 und der Oppositionsbewegung im Herbst 1989 eine Verbindung herzustellen. Auch er klebt viel zu sehr am Detail und belegt schließlich nur, was jedermann bekannt war. Viele Oberschüler und Studenten, die 1968 in Konflikt mit der SED-Obrigkeit gerieten, gehörten zwanzig Jahre später zu den politischen Aktivisten. Über den Zeitraum, der dazwischen lag, sagt das wenig. Manche bewahrten sich tief im Herzen ihren Traum von der Revolte, andere resignierten, gingen in den Westen, arbeiteten für die Stasi. Oder aber – und das ist die ganz große Mehrheit – sie vollführten einen Seiltanz zwischen Anpassung und Widerständigkeit, bewahrten sich private Spielräume und versuchten durch den Dreck zu waten, ohne sich schmutzig zu machen. Trotz der vielen Details bleibt das Gesamtbild bei Bernd Gehrke blaß und leblos.

Einem der Grundprobleme der Thematik nähert sich Christof Geisel in seinem

Aufsatz über das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition „Siegreiche Revolutionäre oder Opfer der Wiedervereinigung?“ Er beklagt eingangs, daß die „Deutungshoheit über die verblichene DDR überwiegend bei Leuten liegt, die nie in ihr gelebt haben“. Diese Beobachtung ist richtig, jedenfalls soweit man solche „Deutungshoheiten“ bei den universitären Lehrstühlen und Direktionsposten in wissenschaftlichen Instituten angesiedelt sieht. Auch ist es richtig, daß viele von den heutigen Deutungshoheitsträgern vor 1989 zu den stillen Sympathisanten des Arbeiter-und-Bauern-Staates gehörten. Doch das eigentliche Thema des Aufsatzes von Christof Geisel sind die oft erstaunlichen Wandlungen von DDR-Bürgerrechtlern in den nachrevolutionären Zeiten. Vera Lengsfeld beispielsweise gehörte noch 1990 zu den Vertretern eines ökologischen Sozialismus. Auch Bärbel Bohley blieb bis zum bitteren Ende der DDR treu. Erhart Neubert wird als Anhänger einer „sozialistischen Alternative zum Weltwirtschaftssystem“ präsentiert. Interessanter wäre die Frage gewesen, aus welchen Quellen diese Sehnsucht nach einer vollkommenen Gesellschaft gespeist wurde. Der real existierende Kapitalismus mit seiner abstoßenden Konsumideologie und seinem gedankenlosen Wachstumswahnsinn konnte es kaum sein. Insofern standen die Oppositionellen auch im Gegensatz zur schweigenden Mehrheit der DDR-Bürger. Dies alles müßte erklärt und beschrieben werden.

Wir brauchen eine Art Kulturgeschichte des Lebens zwischen Unterwerfung und Widerspruch. Beides war in der DDR Bestandteil einer alltäglichen Lebenswirklichkeit, der sich niemand entziehen konnte. Die Grenzen waren fließend. Das Leben in der Diktatur war voller Doppeldeutigkeit und Doppelbödigkeit. Vielleicht ist die Wissenschaft untauglich, dies in klare Begriffe und Analysen zu fassen.

Mit Bertolt Brechts „lesendem Arbeiter“

könnte man fragen: Wer zerstörte das siebentorige Theben? In den Büchern stehen die Namen von Bundeskanzlern und Generalsekretären. Haben die Könige die Berliner Mauer beiseite geschafft? Wohin gingen am Abend, wenn die Untergrundzeitung fertig war, die Dissidenten? Jede Seite ein Sieg. Doch wer kochte den Siegesschmaus? Vor allem, was gab es zum Siegesschmaus? Bananen oder den ersten Döner Kebab? Ganz wie Brecht muß man nach der Lektüre des Sammelbandes konstatieren: „So viele Berichte, so viele Fragen.“

*Stefan Wolle*

**Bräutigam, Hans Otto: Ständige Vertretung. Meine Jahre in Ost-Berlin. Hamburg: Hoffman und Campe 2009, 420 Seiten, 23,- €.**

Zum Glück hält sich der Autor nicht exakt an seinen eigenen Buchtitel und berichtet auch über die Jahre vor seiner Zeit als Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin und über die Monate danach. Hans Otto Bräutigam kam 1969 ins Auswärtige Amt und arbeitete zunächst im Referat für Deutschland- und Berlin-Politik. Der bundesdeutsche Auswärtige Dienst erlebte gerade die letzten Zuckungen der Hallstein-Doktrin; die Umsetzung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesregierung für alle Deutschen im Bereich der Außenpolitik. Die Hallstein-Doktrin war nur noch mühsam aufrechtzuerhalten, denn besonders die unabhängig gewordenen Staaten in der sogenannten Dritten Welt nahmen diplomatische Beziehungen zur DDR auf. Die Bundesregierung mußte nach der Hallstein-Doktrin bei diesen Ländern daher intervenieren. Im Auswärtigen Amt war man selbst nicht mehr vom Sinn dieser Doktrin überzeugt. Mit der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler im Herbst 1969 war die Hallstein-Doktrin erledigt. Im Planungsstab des Auswärtigen Amtes hatte schon während der Amtszeit Brandts

als Außenminister dessen Intimus Egon Bahr eine neue Deutschland- und Ostpolitik vorbereitet. Bräutigam gehörte zu den Befürwortern dieser neuen Politik und schildert deren Umsetzung sehr detailliert.

Im Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten wurde an Stelle von Botschaften die Einrichtung gegenseitiger Ständiger Vertretungen vereinbart. Bräutigam gehörte dem Arbeitsstab für den Aufbau der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland an und leitete 1974 das Vorauskommando zur Etablierung der Vertretung in der Hannoverschen Straße in Ost-Berlin. Nach der Eröffnung war er der erste Leiter der Politischen Abteilung. Die Vertretung war faktisch mehr als eine normale Botschaft, denn viele DDR-Bürger sahen in ihr einen Ansprechpartner in schwierigen Situationen. Durch die Schilderungen Bräutigams bekommt manches bekannte Ereignis der siebziger Jahre eine etwas andere, persönlichere Beleuchtung. Im Herbst 1977 wurde Bräutigam Leiter des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt und im Herbst 1980 Leiter der Unterabteilung 21 im Auswärtigen Amt, die für Osteuropa, aber auch für die Deutschland- und Berlin-Politik zuständig war. Im Winter 1981 nahm er am Besuch Helmut Schmidts in der DDR teil, und im April 1982 ernannte Schmidt ihn zum Leiter der Ständigen Vertretung. Bundeskanzler Helmut Kohl beließ Bräutigam in dieser Funktion.

Die Arbeit der Ständigen Vertretung wurde in den achtziger Jahren in politischer Hinsicht leichter und in menschlicher Hinsicht schwieriger. Im Frühjahr 1984 gab es eine erste Massenflucht in die Vertretung. Am 26. Juni 1984 ordnete Bräutigam die „Schließung“ der Vertretung an. Inzwischen hatte Staats- und Parteichef Erich Honecker aber schon zugestimmt, den Flüchtlingen nach einer gewissen Zeit die Ausreise aus der DDR zu genehmigen. Diese Zusage wurde gegen Zahlung von knapp 100 000 DM pro Flüchtling einge-

halten, dem üblichen Satz beim Verkauf von Menschen aus der DDR in jener Zeit. Bräutigam schreibt dazu: „Die Asylfälle wurden von der DDR also wie Haftfälle behandelt und die Ständige Vertretung wie eine Haftanstalt. Aber das waren Äußerlichkeiten. Die Lösung des Asyldramas in der Vertretung war eben nicht umsonst zu haben.“

Im Herbst 1987 war Bräutigam „Ehrenbegleiter“ Honeckers bei dessen Besuch in Westdeutschland. Im folgenden Jahr bat Bräutigam um seine Ablösung. Er schreibt dazu in seinem Buch: „Ich war nicht amtsmüde, nicht abgekämpft, ich war der Beschäftigung mit der DDR auch keineswegs leid. Aber nachdem ich mich achtzehn Jahre lang diesem ungeliebten Staat gewidmet hatte, wollte ich noch einmal etwas Neues anfangen, die große, weite Welt erleben, wie ich mir das bei meinem Eintritt in den auswärtigen Dienst vorgestellt hatte.“ Auf eigenen Wunsch übernahm Bräutigam die Leitung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York. In dieser Funktion gab er am 3. Oktober 1990 in der Generalversammlung die Erklärung zur deutschen Einheit ab. Ein Empfang zur Verabschiedung der Vertretung der DDR bei der UNO war von deren Leiter Siegfried Zachmann abgelehnt worden. Bräutigam nahm vom Hausmeister der DDR-Vertretung nur die Schlüssel des Gebäudes entgegen. Auf Wunsch des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe wurde Bräutigam dann Minister für Justiz, Bundes- und Europa-Angelegenheiten in dessen Regierung.

Das Buch von Hans Otto Bräutigam ist wichtig für das Verständnis der Planung der bundesdeutschen Deutschland- und Ostpolitik sowie deren Umsetzung in Ost-Berlin. Bräutigam ist kein DDR-Versteher wie sein Chef und Amtsvorgänger Günter Gaus, sondern er schildert distanziert, aber sehr sachlich und sach-

kundig die Umstände der Errichtung und die Arbeit der Ständigen Vertretung. Gut beschrieben sind auch die Verhandlungspartner in der DDR sowie das Privatleben in Ost-Berlin. Alles in allem ein nüchternes und nützliches Buch ohne sinnlose Polemik, aber auch ohne krampfhaftes Suche nach Nähe zu diesem nicht nur von Bräutigam „ungeliebten Staat“ DDR.

*Enrico Seewald*

**Hilger, Andreas / Schmeitzner, Mike / Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006, 574 Seiten, 56,90 €.**

Das vorliegende Kompendium vereint die überarbeiteten und erweiterten Redebeiträge einer internationalen Konferenz, die im November 2003 vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung mit Vertretern aus Deutschland, Österreich und Rußland veranstaltet wurde. Zwei Artikel wurden von Autoren beige-steuert, die an der Tagung nicht teilgenommen haben.

Die Publikation stellt ein gewisses Novum in der Wissenschaftslandschaft dar. Sie offeriert erstmals eine umfassende komparatistische Sicht auf die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist beispielgebend für eine erstrebenswerte vergleichende Betrachtung von ähnlichen Erscheinungen bezüglich der Okkupationen im Baltikum und in Asien.

Die Autoren verweisen in ihren Beiträgen auf die Ähnlichkeit der Strukturen, Instrumente und Maßnahmen der sowjetischen Militärbehörden im Burgenland, in Niederösterreich und in einem Teil Oberösterreichs sowie im ursprünglichen Mitteldeutschland. Gleichzeitig beschreiben und begründen sie, warum – unter anderem bedingt durch die unterschiedlichen Grundvoraussetzungen – die Besatzung

in beiden separierten Landesteilen einen prinzipiell anderen Verlauf nahm und zu verschiedenen Resultaten führte.

Im Fokus der Analyse steht dabei die Frage, weshalb die Moskauer Verantwortungsträger in ihrer Besatzungszone in Österreich keine Volksdemokratie installieren konnten. Ein wichtiger Grund war die fehlende Massenbasis für eine angestrebte Sowjetisierung. So gab es für die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) keine reale Möglichkeit, auf demokratischem oder scheindemokratischem Wege zu einem Machtfaktor zu werden.

Einleitend widmet sich der Tagungsband der „Besatzungsvorbereitung“ und der Nachkriegsplanung der sowjetischen und einheimischen Akteure. Insbesondere soll in diesem Kontext auf die Ausarbeitungen von Jörg Morré (2006 Gedenkstätte Bautzen, heute Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst) und Manfred Mugrauer (Alfred-Klahr-Gesellschaft in Wien) verwiesen werden. Sie analysieren die von der Führung der KPÖ und der KPD entworfenen Volksfrontkonzeptionen und die damit in Zusammenhang stehende Kaderarbeit beider kommunistischer Parteien im sowjetischen Exil.

Der Hauptteil des Buches beschreibt die Besatzungsorganisation in Gestalt der Militärverwaltungen und Repressionsapparate sowie grundlegende besatzungspolitische Maßnahmen (Regierungs- und Verwaltungsaufbau, Gestaltung des politischen Systems und Parteienlandschaft, Entnazifizierung, Wirtschaftspolitik, Reparationen usw.).

Wolfgang Mueller (Österreichische Akademie der Wissenschaften) und Jan Foitzik (Institut für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin) arbeiten zum Beispiel anschaulich heraus, daß der „sowjetische Teil der Alliierten Kommission für Österreich“, obwohl er gleichfalls in ähnliche Fachabteilungen wie die SMAD untergliedert war, mit der ostdeutschen Paralle-

leinrichtung nur bedingt vergleichbar ist. So mußte die sowjetische Verwaltung in Ostösterreich mit nur ca. 1 000 Mitarbeitern auskommen, während die Militäradministration in Berlin über mehrere zehntausend Fachkräfte verfügte.

Auf ähnlich quantitative Unterschiede verweisen Andreas Hilger (Universität Hamburg) sowie Harald Knoll und Barbara Stelzl-Marx (Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung in Graz) bezüglich des Vorgehens der sowjetischen Geheimpolizei und der Sicherheitsdienste. Anders als in der SBZ kam es in Österreich zu keiner massenhaften Internierung und extensiven Anwendung von Militärjustiz. Stalins Tschekisten verhafteten im Alpenland lediglich etwa 2 200 Zivilisten, wovon wiederum rund 1 000 Personen von Tribunalen verurteilt wurden. Das geringe Ausmaß der Verhaftungen resultierte teilweise auch aus dem Umstand, daß die sowjetische Besatzungsmacht nicht versuchte, den für die einheimischen Kommunisten katastrophalen Wahlausgang von 1945 mit offenen terroristischen Methoden rückgängig zu machen oder die KPÖ mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs zwangsweise zu fusionieren.

Interessante Detailinformationen über die Beeinflussung des pro-kommunistischen Transformationsprozesses in Ostdeutschland durch das NKWD/MGB liefert der Artikel von Nikita Petrow (Memorial Moskau). Streitbar sind allerdings seine resümierenden Wertungen. So meint er, daß der Weg der sozialen Umgestaltung, den die Sowjetunion in zwanzig Vorkriegsjahren zurückgelegt hatte, in der Sowjetzone Deutschlands in nur fünf bis sieben Jahre durchschritten wurde.

Wie die Herausgeber der Studiensammlung selbst im Vorwort anmerken, konnten ungeachtet der dargebotenen Themenbreite bei weitem nicht alle Aspekte der sowjetischen Besatzungspolitik in der SBZ und Ostösterreich abgehandelt werden.

Unberücksichtigt blieben der große Bereich Kultur, Wissenschaft und Bildung, der Umgang mit Flüchtlingen, Vertriebenen und Kriegsgefangenen sowie der Aufbau nationaler bewaffneter Verbände.

Ein gravierendes Manko des Buches ist sein spätes Erscheinungsdatum. Drei Jahre nach der eingangs erwähnten wissenschaftlichen Tagung repräsentieren zumindest die Beiträge zur SBZ nicht mehr den aktuellen Forschungsstand.

*Peter Erler*

**Grafe, Roman (Hrsg.): Die Schuld der Mitläufer. München: Pantheon Verlag 2009, 202 Seiten, 14,95 €.**

Der vorliegende Band dürfte zwanzig Jahre nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ auf deutschem Boden die Debatte über den Stellenwert der Gewalt in der DDR neu befeuern. In der alten Bundesrepublik wurde mit Blick auf die DDR zuweilen verharmlosend von einer „kommoden Diktatur“ gesprochen, der man sich durch Flucht in eine idyllische Nischengesellschaft entziehen konnte – eine These, die sich nach der Lektüre der zuweilen haarsträubenden, ja schockierenden Schilderungen in diesem Band schwerlich wird aufrechterhalten lassen.

Für seinen neuen Band hat Roman Grafe, der mit seiner Chronik *Die Grenze durch Deutschland* ein Standardwerk über den innerdeutschen Todesstreifen vorgelegt hat, Texte prominenter und unbekannter Autoren gesammelt. Nicht nur namhafte Schriftsteller und Publizisten wie Wolf Biermann, Freya Klier, Erich Loest oder Ulrich Schacht erzählen in diesem Buch von ihrem Leben in der DDR. Grafe läßt auch die sogenannten normalen DDR-Bürger zu Wort kommen.

So erzählt Horst Schmidt, der Vater eines Maueropfers, in seinem Beitrag „Sie morden wieder auf Befehl“ sachlich und unaufgeregt von seiner Zeit in der FDJ, der Sorge um das berufliche Weiterkommen der Kinder und seiner FDGB-Mitgliedschaft. Im Juni 1984 wurde Horst Schmidts Besuchsantrag abgelehnt. Er hatte nach West-Berlin reisen wollen, um den achtzigsten Geburtstag seines Vaters zu feiern. Schmidts Sohn Michael empfand die Verhältnisse in der DDR zusehends als unzumutbar. Er entschloß sich, der ungeliebten Heimat ein für allemal den Rücken zu kehren. Beim Versuch, über die Mauer nach West-Berlin zu flüchten, wurde er am 1. Dezember 1984 von DDR-Grenzsoldaten erschossen.

Schmidts Beschreibung des Mauerschützen-Prozesses liest sich beklemmend: „Da werden auf einen unbewaffneten Jungen 57 Schüsse abgegeben, die Täter schleifen den Schwerstverletzten an den Armen in einen Grenzturm, leisten keine Erste Hilfe, obwohl nach Zeugenaussagen mein Sohn um Hilfe fleht.“ Horst Schmidt klingt bitter, wenn er auf das Urteil zu sprechen kommt: „Und für diesen Mord hat es Bewährungsstrafen gegeben! Die Verurteilten sind dennoch in Revision gegangen.“

Besonders aufschlußreich sind die Beiträge der Autoren, die nicht von vornherein in Opposition zum SED-Regime standen. In seiner Wortmeldung „Ich trug gern das blaue Halstuch“ schildert Rainer Schinzel, wie er von einem „Mitläufer“ zu einem „Wegläufer“ geworden ist. Als aktives FDJ-Mitglied war Schinzel mit anderen Genossen im Herbst 1961 über die Dörfer gezogen, um gegen die Fernsehantennen zu agitieren, mit denen West-Sender empfangen werden konnten. Wenige Jahre später wurde Schinzel selbst bei der Stasi denunziert, weil er Westfernsehen geschaut hatte. Einer Verurteilung entzog sich Schinzel durch Flucht. 1963 setzte er sich über ein bei Probstzella gelegenes Minenfeld in die Bundesrepublik ab.

Weniger spektakulär, aber nicht minder bewegend sind Ulrike Lieberknechts Erinnerungen. In ihrem sehr persönlich gehaltenen Beitrag „Aber das machen doch alle!“ erzählt sie davon, wie es sich anfühlt, anders zu sein. Bereits als Schülerin ist Lieberknecht eine Außenseiterin, die in den Pausen und auf Schulausflügen als einzige abseits steht: „Unter tausend Schülern sind zehn nicht bei den Pionieren. Genau weiß ich es nur von vier, nämlich von mir und meinen Geschwistern. Die Lehrer wollen ebensowenig unangenehm auffallen wie ihre Schüler und wie die meisten Bürger im Staat. Gleichklang, Gleichheit, Gleichschritt sind das, was wir anstreben.“ Daß Ulrike Lieber-

knecht nicht dazugehört, ist auf den ersten Blick ersichtlich: Anders als ihre Klassenkameraden trägt sie keine Pionierkleidung. Als sie mit ihrer Klasse die KZ-Gedenkstätte Buchenwald besucht, stellt sie fest: „Ich habe eine rosafarbene Bluse an, die sich vom Blau der neunzig FDJ-Hemden abhebt.“

Die Fassungslosigkeit einiger weniger angesichts der Bereitschaft der Mehrheit, sich kritiklos den politisch erwünschten Ritualen zu fügen, zieht sich wie ein roter Faden durch diesen Band.

Fritz J. Raddatz, ehemaliger Feuilleton-Chef der Wochenzeitung *Die Zeit*, geht in seinen Erinnerungen „Krummer Mut. Mein Versagen als Bürger der DDR“ hart mit sich ins Gericht. Als er noch stellvertretender Cheflektor im Ost-Berliner Verlag „Volk und Welt“ war, ist es ihm zuweilen gelungen, einzelne Autoren oder Texte durch die Zensur zu tricksen. Trotzdem, so Raddatz, gebe es genug Anlaß zu Selbstkritik. Der 78jährige spürt dem Gift der Lebenslüge nach, das sich vor dem Hintergrund derartiger „Erfolge“ auch in seinen Venen breitgemacht hatte. Wer den Beitrag von Fritz Raddatz gelesen hat, wird manches seitenlange Interview mit Stephan Hermlin, Klaus Schlesinger oder Christa Wolf mit anderen Augen lesen. Nicht wenige prominente DDR-Schriftsteller verspürten offensichtlich schon früh das Bedürfnis, das eigene Handeln vor sich selbst rechtfertigen zu müssen.

Zahlreiche Fotografien, darunter auch sehr eindrucksvolle Aufnahmen des innerdeutschen Grenzverlaufs, veranschaulichen die Grundthese des vorliegenden Bandes. In den Entnazifizierungsverfahren diente die Kategorie des „Mitläufers“ der Entlastung weiter Teile der Bevölkerung. Der von Roman Grafe zusammengestellte Band belegt eine traurige Kontinuität.

*Volker Strebel*

**Barsch, Gundula: Von Herrengedeck und Kumpeltod. Die Drogengeschichte der DDR. Bd. 1: Alkohol – Der Geist aus der Flasche. Geesthacht: Neuland Verlagsgesellschaft 2009, 220 Seiten, 29,90 €.**

Es ist kaum zu fassen, wieviel in der DDR gesoffen wurde. Die offizielle Statistik wies 1983 einen Pro-Kopf-Verbrauch reinen Alkohols von 10,3 Litern aus. Damit lag die DDR im europäischen Mittelfeld. An der Spitze lag Frankreich mit 13,6 Litern. Es folgten die traditionellen mediterranen Weinländer sowie Ungarn mit 11,6 Litern, die Schweiz mit 11,1 Litern, Belgien mit 10,6 Litern, die Bundesrepublik mit 10,3 Litern und schließlich an zehnter Stelle die DDR. Doch die veröffentlichte Statistik beruht laut der Verfasserin der vorliegenden Studie auf einer Berechnungsgrundlage, die den Alkoholanteil sowohl bei Bier und Wein, als auch bei Spirituosen zu niedrig ansetzt. Die Autorin kommt bei realistischen Ausgangszahlen auf einen Pro-Kopf-Verbrauch von ca. 18 Litern reinen Alkohols pro Verbraucher. Damit hatte die DDR eine unangefochtene Spitzenposition im europäischen Vergleich. Jeder DDR-Bürger, einschließlich der Säuglinge und Kleinkinder, gab im Jahr statistisch gesehen 381 Mark für Alkohol aus. Das machte bei einer dreiköpfigen Familie jährlich 1.143 Mark, bei einer doppelt verdienenden Familie mit einem Kind fast ein Monatsgehalt. Wohlgermerkt handelt es sich um Durchschnittszahlen, die den gänzlich abstinenten Teil der Bevölkerung mit einschließt.

Seit den fünfziger Jahren zeigten die Pfeile der Produktionsstatistik für Bier, Wein und Schnaps stetig nach oben. Der jährliche Bierkonsum pro Verbraucher verdoppelte sich von 1955 (68,5 Liter) bis 1989 (146,5 Liter). Auch der Konsum von Wein und Sekt stieg von 1955 (1,7 Liter) bis 1989 (12,1 Liter). Es gab in diesen 34 Jahren mit eiserner Kontinuität eine jährliche Steigerung von bis zu sieben Pro-

zent. Im Wendejahr 1989 war erstmals bei Wein und Schaumwein kein Wachstum zu verzeichnen. Und dies trotz der knallenden Sektkorken am Tag der Maueröffnung. Bei Spirituosen gab es 1989 den ersten Rückgang seit 1960. Man mag dabei nicht an Zufall glauben, sondern ist – ganz im Sinne der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie – geneigt, die Ursachen für den exorbitanten Alkoholgenuß in den sozial-ökonomischen Verhältnissen zu suchen.

Genau dies tut die Verfasserin der Untersuchung mit wissenschaftlicher Gründlichkeit. Es handelt sich bei der Studie um eine überarbeitete Habilitationsschrift der Technischen Universität Berlin, die 1996 vorgelegt wurde. Mit nimmermüder Akribie belegt die Forscherin immer wieder das gleiche, nämlich die groteske Diskrepanz zwischen dem propagandistischen Anspruch und der sozialen Wirklichkeit des DDR-Alltags. Sie geht dabei vom sozialistischen Menschenbild aus, demzufolge die Alkoholprobleme ein Relikt der Ausbeutergesellschaft waren. Gerne wurde damals mit Fingern auf die dekadente westliche Gesellschaft gezeigt, in welcher Drogenprobleme als Ausdruck einer menschenfeindlichen Ordnung gewertet wurden. Es war nicht schwierig, die DDR-Bürger mit Berichten über Dealer, Drogentote und Junkies zu versorgen. Das Thema war in den westlichen Medien stets präsent. Dem braven DDR-Bürger liefen beim Fernsehabend wohlige Schauer des Entsetzens den Rücken herunter, und er genehmigte sich noch ein Gläschen „Adlershofer Wodka“ mit 42 Prozent Alkohol.

Der Alkoholismus im eigenen Lande dagegen war kein Thema für die DDR-Medien, obwohl die Gesellschaft die Folgen ständig und schmerzhaft verspürte. Der hohe Krankenstand und die ständigen Ausfallzeiten waren oft dem Alkohol geschuldet. Die Statistik weist einen hohen Anteil von Unfällen unter Alkoholeinfluß aus. Das gleiche gilt für die Kriminalitäts-

statistik. Die große Zahl der Ehescheidungen und die Suizidrate hingen auch mit dem Alkoholkonsum zusammen. Wer diese allseits bekannten Alltagserscheinungen statistisch untermauert wissen will, greife zu der neuen Studie, deren Zahlenmaterial übrigens fast ausschließlich aus der DDR selbst stammt.

Für viele Menschen war die Geborgenheit der angeblich so solidarischen Menschengemeinschaft offenbar nur im Suff zu ertragen. Betriebsfeste im proletarischen Milieu endeten regelmäßig in wüsten Saufereien. Aber auch manche Leiterpersönlichkeiten, selbst Wissenschaftler und Ärzte, hatten stets eine Flasche Schnaps im Schreibtisch oder ließen sich wenigstens am Wochenende und bei Dienstreisen vollaufen. In keiner künftigen Alltagsgeschichte der DDR darf dieser Aspekt fehlen.

Bei aller notwendigen Differenzierung scheint der Hauptgrund des Übels doch auf der Hand zu liegen: Ohne Alkohol haben viele Menschen die Doppelmoral und das gespaltene Denken des Realsozialismus nicht ertragen. Genau wie in George Orwells Café „Kastanienbaum“ begannen sie beim „Victory Gin“ den Großen Bruder zu lieben, oder es legte sich wenigstens ein sanfter Nebel über das Gehirn, der die großen und kleinen Lügen erträglicher machte.

*Stefan Wolle*

**Gellately, Robert: Lenin, Stalin und Hitler. Drei Diktatoren, die Europa in den Abgrund führten. Aus dem Englischen von Schlatterer, Heike und Juraschitz, Norbert. Bergisch Gladbach: Günter Lübbe Verlag 2009, 891 Seiten, 29,95 €.**

Dieses Buch ist chronologisch gegliedert. Nach dem ersten Teil über Lenin wechseln Teile über Hitler und Stalin einander ab. Die Aufnahme Lenins in den Titel begründet der Autor damit, daß der von Chruschtschow geschaffene Mythos

vom edlen und guten Lenin nicht mehr zu halten sei. Die Dokumente, die in den unlängst geöffneten russischen Archiven entdeckt wurden, enthüllen, daß Lenin ein radikaler Fanatiker war und ebenso wie andere, vermutlich sogar stärker, Terrormaßnahmen forderte. Er war „gnadenlos grausam“. Stalin habe keineswegs Lenins Vermächtnis pervertiert, er sei der logische Erbe Lenins gewesen. Unter den kommunistischen Führern sei Stalin sicher der ungebildetste, aber von seiner physischen Konstitution allen Rivalen überlegen gewesen. Die Darstellung der Ausschaltung von Stalins Rivalen ist etwas dünn. Hier ließe sich die Mordlust, Brutalität und Charakterlosigkeit des künftigen Alleinherrschers trefflich illustrieren.

Bei der Darstellung der „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ schreibt der Autor, daß „so gut wie jeder ein Kulak sein konnte“. Kulaken wurden deportiert oder erschossen, der Eintritt in die neuen Kolchosen wurde ihnen verwehrt. Dabei waren sie fleißig, hatten Erfahrung und Initiative. Die Zwangskollektivierung „war die Hölle“. Hier ließe sich einfügen, daß die sowjetische Landwirtschaft bis zum Ende der Sowjetunion unter den Folgen dieses Verbrechens zu leiden hatte, und bis zuletzt große Mengen Getreide eingeführt werden mußten. Der Hungersnot, die in den Jahren nach der Zwangskollektivierung (bis 1934) herrschte, fielen fünf bis sechs Millionen Menschen zum Opfer. Sie war nicht die Folge einer Dürre, sondern des brutalen Getreidebeschaffungsprogramms des Staates. Der große Terror, der nach der Ermordung Kirows am 1. Dezember 1934 einsetzte, sollte die Relikte des alten Rußlands beseitigen, die Überreste des Kapitalismus, der unabhängigen Bauernschaft und des Klerus’.

Zur Vorgeschichte der „Operation Barbarossa“ schreibt der Autor: „Es stimmt, daß Stalin die Möglichkeit, Deutschland anzugreifen, nicht völlig ausschloß, aber

nur, wenn Berlin bereits angeschlagen gewesen wäre. Für diesen Fall ließ er von Schukow und Timoschenko Pläne ausarbeiten.“ Doch in der ersten Hälfte des Jahres 1941 habe „diplomatische und wirtschaftliche Befriedung“ für den Kreml Priorität gehabt.

Eine der erstaunlichsten organisatorischen Leistungen nach Ausbruch des Krieges war die Verlegung von insgesamt 1 523 Betrieben in den Osten. Schon in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1941 konnte die Sowjetunion mehr Panzer, Geschütze, Flugzeuge und andere Waffen produzieren als in der ersten Jahreshälfte. Ihre Panzer T-34 und KW waren den damaligen deutschen Panzern überlegen. Trotzdem belegen mehrere Quellen, daß Stalin im Jahre 1941 versuchte, durch bulgarische Vermittlung unter Inkaufnahme von territorialen Verlusten den Krieg zu beenden.

Über Hitler schreibt der Autor, daß er nach dem gescheiterten Putsch vom 9. November 1923 erkannt hatte, daß man über das Parlament auf eine Revolution hinarbeiten müsse. Er verachtete die parlamentarische Demokratie, allerdings sollte die von ihm erstrebte Diktatur die Unterstützung des Volkes genießen. Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise traf Deutschland besonders schwer. Die Arbeitslosigkeit war fast doppelt so hoch wie in Großbritannien und in den USA. Sie war Wasser auf die Mühlen Hitlers, dem durch das Bündnis mit Alfred Hugenberg gegen den Young-Plan größte Publizität zuteil wurde. Das Legalitätsprinzip, mit dem er an die Macht kam, machte den Widerstand gegen ihn schwierig. Der Autor spricht von einer „legalen Revolution“ (Karl Dietrich Bracher). „Hitler vermied die illegalen Methoden Lenins auf Grund der tief verwurzelten Abneigung der deutschen Bevölkerung und ihres Mißtrauens gegen eine offene Revolution.“ Repression und Gewalt seien im ersten Jahr der Regierung Hit-

ler „begrenzt und vorhersehbar“ gewesen und hätten sich dadurch von dem willkürlichen, pauschalen Terror in der Sowjetunion unterschieden. Hitlers außenpolitischen Erfolge kommentiert der Autor mit den Worten: „Die furchtbare Ironie war, daß England und Frankreich so gut wie nichts unternommen hatten, die demokratische Weimarer Republik zu unterstützen, aber nun Hitler wie ein Genie aussehen ließen.“

Vor 1933 seien die Juden in Deutschland keineswegs Außenseiter gewesen. „Sie konnten Professor, Richter oder Politiker werden, was zu dieser Zeit in vielen Teilen der Vereinigten Staaten undenkbar gewesen wäre.“ Nach 1933 wurden sie aus der Beamenschaft, dem Zeitungswesen und den freien Berufen ausgeschlossen. Von der übrigen Welt wurde ihnen „so gut wie keine Unterstützung angeboten. Nicht nur Amerika, sondern auch Länder wie Kanada und Australien zeigten wenig Mitgefühl“. Nach dem Pogrom vom 9. November 1938 hielt nach Angaben von SD-Berichten der „größte Teil (der Deutschen) die Zerstörung von Eigentum für falsch und glaubte, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden sollten“. Die Sozialdemokratische Partei im Exil (SOPADE-Berichte) war der Meinung, daß die NS-Politik einen Massenmord zum Ziel hatte.

Der Autor schreibt unter Berufung auf den amerikanischen Historiker Jan Gross, daß die Verbrechen der Deutschen im westlichen Teil Polens, bevor der Massenmord an den Juden begann, ähnlich entsetzlich waren wie die Verbrechen der Sowjets in Ostpolen. Diese trieben sogar drei- bis viermal mehr Menschen in den Tod, obwohl die Bevölkerung in dem von ihnen eroberten Teil Polens nur halb so groß war. „Der Überfall auf die Sowjetunion sollte Hitler ins Verderben stürzen und sich als eine einzige Katastrophe erweisen.“ „Vorherrschendes Motiv“ für den Angriff auf die Sowjetunion sei „Hit-

lers lang gehegte fixe Idee gewesen, Lebensraum zu erobern, Gebiete, die er für die Gesundheit, das Wohlergehen und die Ausbreitung der arischen Rasse für notwendig erachtete.“ Hier wäre eine Kommentierung von Hitlers verlogener Wort vom „jüdischen Bolschewismus“ angebracht. Unter Stalin war der Bolschewismus alles andere als jüdisch. Die Taktik, Hunderttausende Gefangene zu töten oder verhungern zu lassen, „führte nur dazu, den Kampfgeist der Roten Armee zu stärken, da sich die Nachricht von den Greueln schnell verbreitete“.

Hitler reagierte mit auffälliger Kälte, wenn er über Rückschläge oder Verluste deutscher Truppen informiert wurde. „Darin war er Lenin oder Stalin ähnlich. Das Leben des eigenen Volkes, egal ob es sich um Soldaten oder Zivilisten handelte, war unwichtig, das Volk war dazu da, der Sache geopfert zu werden.“ Im März 1945 wollte Hitler die weiteren Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes beseitigen, weil es nicht den Sieg erkämpft hatte und sich als das schwächere erwiesen habe.

Ausführlich beschreibt der Autor die Massenmorde an den Juden durch Einsatzgruppen und in den Vernichtungslagern. Er schreibt, daß es in der Sowjetunion auf Anordnung von Lenin und Stalin Massenmorde gab, die mehr Opfer forderten als im nationalsozialistischen Deutschland. „Dennoch ist der Holocaust eine gesellschaftliche und menschliche Tragödie, wie es sie noch nicht gegeben hat.“ Einzigartig war die „industrielle Tötung von Menschen in Todesfabriken, befohlen von einem modernen Staat“. Aus Himmlers Rede vom 4. Oktober 1943 über die Ausrottung des jüdischen Volkes zitiert der Autor den Satz: „Das jüdische Volk wird ausgerottet“, sagt ein jeder Parteigenosse [...].“ Aber er zitiert nicht den Satz: „Und dann kommen sie alle, alle die braven achtzig Millionen Deutschen, jeder hat seinen anständigen Juden, das heißt,

alle anderen sind Schweine, der ist ein prima Jude.“

In seinem Epilog schreibt der Autor, daß Stalin im Jahre 1945, „da er nun die erste Hälfte (Europas) in seinen Besitz gebracht hatte, auch die zweite Hälfte begehrte“. Die Darstellung Stalins endet leider mit seinem Sieg über Hitler. In den acht Jahren bis zu seinem Tod hat er den leidgeprüften Völkern der Sowjetunion die ersehnten Freiheiten vorenthalten und den im Krieg eroberten Gebieten das sowjetische Terrorregime auferlegt. Im Jahr seines Todes stieg die Zahl der GULAG-Häftlinge auf 2,4 Millionen.

Die Darstellung wird durch einen umfangreichen Anmerkungsapparat (57 Seiten), darunter auch russische Quellen und Literatur, belegt. Die narrative Methode, die Ausstattung mit drei Karten, 43 Fotos und der für diesen Umfang und diese Ausstattung günstige Preis ermöglichen diesem Buch einen großen Leserkreis. Einige Schwerpunkte würde der Rezensent anders setzen. So ist die Darstellung des deutschen Widerstands gegen Hitler zu kurz gekommen. Trotz allem handelt es sich um ein gelungenes Buch.

*Otto Wenzel*

**Vatlin, Alexander: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure. Berlin: Karl Dietz Verlag 2009, 366 Seiten, 29,90 €.**

Dieses Buch ist gegliedert in die Kapitel „Die Gründung der Komintern“, „Die Programmatik der Komintern“ und „Die Akteure der Komintern und ihre Schicksale“. Als Beweis dafür, daß der spätere I. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in keiner Weise für die internationale Arbeiterklasse repräsentativ war, zitiert Alexander Vatlin aus den Erinnerungen von Aino Kuusinen, der Frau des finnischen Kommunistenführers, daß außer Hugo Eberlein kein ausländischer Teilnehmer das Recht oder die Vollmacht hatte, „für irgend jemand anderen außer für sich selbst zu sprechen“. Von den in den Veröffentlichungen zum I. Weltkongreß genannten Personen arbeiteten 46 zur Zeit des Kongresses bzw. unmittelbar danach nachweislich im Partei- und Staatsapparat bzw. in der politischen Polizei des Sowjetstaates. Die russischen Führer zwangen der Komintern das russische Modell einer Partei von Berufsrevolutionären auf, ein Modell, „das vor allem für den illegalen Kampf taugte“. Die Komintern hätte auf die „Reinheit“ ihrer Reihen verzichten müssen, um eine breite

internationale Massenbewegung zu initiieren. „Da die kommunistischen Parteiführer den Kampf um die Einheitsfront der Werktätigen auf Weisung Moskaus auf eine Propagandakampagne reduzierten, konnten sie Mitte der zwanziger Jahre aus dem politischen Leben ihrer Länder verdrängt werden.“

Im Zusammenhang mit einer Annäherung an die II. Internationale in London und die Internationale II 1/2 in Wien, der Einheitsfronttaktik und der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP), welche die soziale Basis für ein Mehrparteiensystem verbreiterte, stand die Frage einer Zulassung von Sozialrevolutionären und Menschewiki. Lenin sagte dazu auf dem XI. Parteitag (1921): „Und wenn ein Menschewik sagt: ‚Ihr zieht euch jetzt zurück, ich aber bin immer für den Rückzug gewesen, ich bin mit euch einverstanden, jetzt bin ich euer Mann, laßt uns den Rückzug gemeinsam machen‘, dann antworten wir ihm: ‚Wer den Menschewismus offen manifestiert, den müssen unsere Revolutionsgerichte erschießen lassen, sonst sind das nicht unsere, sondern wer weiß was für Gerichte.““ Aber er fand damit nicht nur Zustimmung. Der umtriebige Karl Radek, der mit den Verhältnissen im Westen vertraut war, meinte, wenn die Bolschewiki die Unterstützung der Amsterdamer (Internationaler Gewerkschaftsbund, Sitz Amsterdam) haben wollten, müßten sie mit der Gewährung bestimmter Freiheiten für die Menschewiki bezahlen. Die in Aussicht genommene Konferenz der drei Internationalen kam nach einer Vorkonferenz am 2. bis 5. April 1921 im Berliner Reichstag wegen des kommunistischen Beharrens auf der Einparteienherrschaft nicht zustande. Vatlin schreibt dazu: „Der Wechsel Sowjetrußlands Anfang der 1920er Jahre auf den Weg der demokratischen Entwicklung hätte viele Tragödien der russischen und europäischen Geschichte abwenden können.“

Im Unterkapitel „Die ‚Russische Delega-

tion‘ in der Komintern“ beschreibt Vatlin, wie dieses am 8. Januar 1926 konstituierte Organ, das in keinem der offiziellen Dokumente der Komintern erwähnt wird, die Führung der kommunistischen Bewegung in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre in den Händen hielt. In den folgenden Monaten wurden Angehörige der Opposition ausgeschlossen und durch Stalin ergebene Funktionäre ersetzt. Bei ihrer Beschäftigung mit Kaderfragen ging die Russische Delegation ab 1929 dazu über, sich nicht nur mit Führungsfragen der Komintern zu befassen, sondern auch Veränderungen in den Zentralkomitees einzelner Parteien vorzunehmen. Manchmal wandte sie sich an das OGPU-Kollegium (Nachfolger der Tscheka), so am 15. Mai 1929 mit der Bitte, „die Provokationen in der KP Polens“ zu ermitteln. Das hatte zur Folge, daß bis Ende 1938 mehr als zwei Drittel der Führungsmitglieder dieser Partei umgebracht wurden.

Im Unterkapitel „Die Kaderpolitik und die Säuberungen in der Komintern“ schreibt Vatlin, daß die „21 Aufnahmebedingungen“, die 1920 vom II. Weltkongreß angenommen wurden, die erste Säuberung in der Komintern einleiteten. Jede Partei war verpflichtet, „periodisch Reinigungen (Umregistrierung) des Mitgliederbestands der Parteiorganisation vorzunehmen“. Die 1924 eingeleitete „Bolschewisierungs-Kampagne“ ging mit der Abschottung des Parteiapparats von den Mitgliedern sowie einer von oben aufgezwungenen Umbesetzung der Kader einher.

Im Unterkapitel „Genosse Thomas‘ und die Geheimtätigkeit der Komintern in Deutschland 1919 bis 1925“ beschreibt Vatlin das Wirken des als Genosse Thomas bekannten Jakob Reich als Leiter des im Spätherbst 1919 in Berlin eingerichteten Westeuropäischen Sekretariats. Dieses war ein Verbindungsapparat zwischen Moskau und Deutschland, im weiteren Sinne Westeuropa. Es leitete die Kominternelder an die westeuropäischen

kommunistischen Parteien, die Organisationen und Verlage weiter. Im Laufe der Jahre waren es Hunderte von Millionen Mark, allein im Jahre der Märzaktion, 1921, 122 Millionen Mark. Nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen war Thomas der Verbindungsmann zwischen der sowjetischen Botschaft und der Zentrale der KPD, da diese zu ihr keinen direkten Kontakt haben durfte. Eine der wichtigsten Aufgaben war der Aufbau eines Komintern-Verlags in Deutschland. Dazu kaufte Thomas die Hamburger Verlagsbuchhandlung Carl Hoym. Seine rechte Hand war seit Anfang 1922 unter dem Namen „Genossin Fritzmann“ die ehemalige Sekretärin des ZK der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki), Jelena Stassowa. Für die große Anzahl von Zeitschriften, Broschüren und Büchern, die Thomas herausgab, unter anderem „Die Kommunistische Internationale“, wurden von der Komintern allein für 1921 mehr als zehn Millionen Mark ausgegeben. Die Einnahmen beschränkten sich auf eine halbe Million Mark.

In dem Unterkapitel „Wir sind zu früh gekommen.“ Trotzki in Opposition zur Komintern“ zitiert Vatlin aus Trotzki's Redebeitrag auf dem 7. Erweiterten Plenum der Exekutivkommission der Kommunistischen Internationale (EKKI) (November 1926): Wenn es sich beim Kapitalismus im europäischen Maßstab nicht um den faulenden imperialistischen Kapitalismus handelte, „sondern um einen sich entwickelnden Kapitalismus, der die Wirtschaft und die Kultur voranbringt, [...] würde [das] bedeuten, daß wir viel zu früh gekommen sind“. Daran hat Trotzki bis an sein Lebensende nicht geglaubt.

„Obwohl Trotzki und seine Anhänger eine von der Linie der KPdSU(B) und der Komintern abweichende Linie vertraten, lehnten sie den politischen Kampf zu ihrer Durchsetzung ab, weil das in ihren Augen gleichbedeutend mit einer Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie ge-

wesen wäre.“ Nach seiner Verbannung nach Alma-Ata (28. Januar 1928) setzte Trotzki seine theoretischen Arbeiten fort. Er entwickelte die These vom revolutionären Prozeß als einem „Weltbrand“, der sich mühelos über die Ländergrenzen ausbreite. Nach seiner Ausweisung aus der UdSSR (22. Januar 1929) lehnten europäische Regierungen seine Gesuche um Asyl aus Angst vor einer Radikalisierung der Arbeiterbewegung in ihren Ländern ab. Trotzki fühlte sich immer noch als Bolschewik und bezeichnete den demokratischen Übergang zur sozialistischen Gesellschaft als reaktionären Mythos.

Dieses Buch ist eine Aneinanderreihung von überarbeiteten Aufsätzen und Kommentaren, die Vatlin seit der Öffnung der Moskauer Archive für Sammelbände, Zeitungsartikel und Abhandlungen geschrieben hat. Es vermittelt gute Einblicke in die Geschichte der bolschewistischen Partei, die bolschewistische Außenpolitik und die Entwicklung der Komintern. Es ist aber nicht die auf dem hinteren Buchdeckel angekündigte erste geschlossene Geschichte der Kommunistischen Internationale. Für eine solche ist Vatlin der beste denkbare Autor.

*Otto Wenzel*

**Hosfeld, Rolf: Was war die DDR? Die Geschichte eines anderen Deutschlands. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2008, 304 Seiten, 19,95 €.**

Das Buch von Rolf Hosfeld, einem vielseitig gebildeten Publizisten, beginnt mit dem Ende der DDR – dem Fall der Mauer und der Ratlosigkeit der neuen SED-Führung angesichts der neuen Lage. In einem im Buch zitierten MfS-Papier vom 22. November 1989 wird notiert, daß der „Erneuerungsprozeß volksrevolutionären Charakter“ habe und gleichermaßen unumkehrbar und historisch notwendig sei. So endete, was mit vielen Hoffnungen nach Kriegsende begann.

In essayistischer Form beschreibt der Autor die sowjetische Besatzungsherrschaft, die sozialistische Umwälzung in der SBZ und die Politik der SED. Dabei stützt er sich vor allem auf Erinnerungen damaliger Akteure und auf die Analysen von IM „Erich“, Dietrich Staritz. Das Lesen wird durch eine etwas sprunghafte Argumentation erschwert, gleichwohl erfährt der Leser einiges über die Motivationen der wichtigsten Akteure. Deutlich wird auch der Weg in eine Parteidiktatur. Nach 108 etwas langatmigen Seiten wird schließlich die DDR als SED-Staat gegründet.

Ausführlich schildert der Autor, wie die SED unter Walter Ulbricht in die Krise von 1953 schlittert. In Überschätzung ihrer Macht und Akzeptanz in der Bevölkerung mutet die SED nahezu allen zu viel zu und verschärft gleichzeitig die Repression. Diese Politik endete bekanntlich im Volksaufstand im Juni 1953.

Hosfeld erwähnt auch die antizionistische und antisemitische Dimension der SED-Politik, die im Fall Paul Merker offensichtlich wird. Dieser hatte Entschädigung für Enteignungen von Juden durch die Nazis gefordert und wurde damit zum Staatsfeind. Wie SED und Stasi mit Staatsfeinden umgingen, dokumentiert der Autor eindrucksvoll am Beispiel des stellvertretenden Vorsitzenden der westdeutschen KPD, Kurt Müller, der ebenfalls ins Visier von SED und MfS geriet. „Die Kunst der Ermittlung bestand bei solchen Verhören der Staatssicherheit ausschließlich darin, der Person mit allen Mitteln das Geständnis abzurufen, Vollstrecker eines inkriminierten ‚konterrevolutionären‘ Prinzips gewesen zu sein, möglicherweise, ohne es gewußt zu haben. Ohne Folter war das kaum zu erreichen.“

Die marxistisch-leninistische Ideologie wird zu Recht als „politische Religion“ eingeordnet. Leider erwähnt der Autor nicht ausführlich, wie die SED-Spitze, aber auch viele DDR-Intellektuelle von Bertolt Brecht bis zu Ernst Bloch auf den

Tod des „großen Führers“ Josef Stalin reagierte. Hierdurch würde die pseudoreligiöse Inszenierung der kommunistischen Ideologie noch deutlicher werden. Zumindest auf Johannes R. Bechers Lobeshymne auf Stalin verweist Hosfeld an anderer Stelle. Dort heißt es unter anderem: „Wenn so wie dich die Welt zu Grabe trägt, das Herz im Herz der Völker weiter schlägt, dein Atem wird in unseren Fahnen wehen, dein Name lebt in leuchtenden Alleen. Den Namen Stalin trägt die neue Zeit.“

In einem der interessantesten Abschnitte des Buches beschreibt Hosfeld, wie nach dem Tod Stalins ein heimlicher Machtkampf in der SED vom Machtkampf in der Sowjetunion abhing. Dabei ging es nicht um andere Konzeptionen kommunistischer Politik, sondern letztlich nur um einen personellen Austausch an der Parteispitze. Hierzu gehörte selbstverständlich die Vortäuschung einer programmatischen Alternative.

Die ausbleibende Entstalinisierung in der DDR und Ulbrichts zynische Argumentation, daß die SED keine Fehlerdiskussion nötig habe, werden ebenso angemessen beschrieben wie die irrigen Hoffnungen mancher kritischer Intellektueller, nun könne offener diskutiert werden. Ulbricht und die SED-Spitze ließen keine grundsätzliche Diskussion um ihre Politik zu. Kritische Artikel wurden nicht mehr veröffentlicht, Wolfgang Harich und Walter Janka wurden verhaftet.

Walter Ulbricht, nach der Ausschaltung seiner innerparteilichen Widersacher und nach Ruhigstellung potentieller Kritiker übermütig geworden, propagierte 1958 die baldige materielle Überlegenheit über Westdeutschland. Das gelang jedoch zumindest in einzelnen Bereichen und für einzelne Gruppen erst nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990.

Unmittelbar nach dem Mauerbau versuchte Ulbricht eine Wirtschaftsreform, die jedoch nicht nur am Widerstand von ideolo-

gischen Betonköpfen wie Erich Honecker, sondern auch an der prinzipiellen Reformfähigkeit einer zentralistischen Planwirtschaft scheiterte, was der Autor nicht ausreichend beleuchtet. Die kurzzeitigen Versuche einer Wirtschaftsreform endeten 1965 mit dem sogenannten „Kahlschlagplenum“ des ZK der SED. Christa Wolf notierte in ihrem Tagebuch: „Die Realität wird abgeschafft.“

Ob Walter Ulbricht in den letzten Jahren tatsächlich eine von der Sowjetunion abweichende Westpolitik und eine Erneuerung des Sozialismus betreiben wollte, wie Hosfeld annimmt, ist in der Forschung umstritten. Ulbricht mag manches überlegt haben, letztlich hat er sich aber immer dem Druck aus Moskau gebeugt. Im Buch wird sein Tod während der Weltfestspiele der Jugend in Ost-Berlin geschildert. Hiermit hätte das Buch enden sollen – schließlich ist es im Kern eine essayistische Betrachtung der Ulbricht-Ära. Auf den nachfolgenden knapp 50 Seiten werden nur skizzenartig Niedergang und Zusammenbruch der DDR beschrieben, ohne zu verdeutlichen, warum dieser Prozeß einsetzte und sich beschleunigte. Offen läßt der Autor auch, was die DDR nun eigentlich war: Nur eine gescheiterte historische Illusion oder der Bankrott des Kommunismus oder beides?

*Klaus Schroeder*

**Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR. Darmstadt: Primus Verlag 2009, 364 Seiten, 29,90 €.**

Der Streit um die Einordnung der DDR in die deutsche Geschichte und ihre Kennzeichnung bestimmt die zeitgeschichtliche und politikwissenschaftliche Diskussion nicht erst seit dem Untergang des SED-Staates. Schon zuvor stand die sogenannte systemimmanente DDR-Forschung, die das Bild einer sozialistischen Industriegesellschaft zeichnete und ihr partizipatorische Züge zubilligte, totalitarismustheoretischen Ansätzen gegenüber,

die den Diktaturcharakter und seine Folgen sowie die prinzipielle Unfähigkeit zur Reform in den Vordergrund rückten. Diese Frontstellung hat sich nach dem Verschwinden des SED-Staates nicht aufgelöst, sondern tarnt sich zumindest auf der einen Seite – der systemimmanenten Betrachtung – nur mit anderen Vokabeln, indem der Vorrang von „Alltag und Gesellschaft“ bei der Analyse der DDR gefordert wird.

Die britische Wissenschaftlerin Mary Fulbrook, die sich bereits in mehreren Beiträgen um eine wissenschaftlich getarnte Weichzeichnung der DDR bemühte, hat nun mit ihrem Buch *Ein ganz normales Leben* ein Werk vorgelegt, das den Verteidigern der DDR Futter gibt. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, wie brüchig ihre Argumentation ausfällt und wie banale Beobachtungen verallgemeinert und zu zentralen Charakteristika des Systems stilisiert werden.

Die Autorin hält sich offenbar für besonders raffiniert, wenn sie schon im Vorwort schreibt: „Das vorliegende Buch ist keine politische Abhandlung. Mir geht es weder darum, die nunmehr verblichene DDR anzuprangern, noch sie zu verteidigen; ich verfolge keine persönlichen Interessen.“ Damit will sie sich gegen Kritik immunisieren und gleichzeitig anderen, die den Diktaturcharakter in den Vordergrund stellen, persönliche oder politische Interessen andichten. Einer totalitarismustheoretischen Betrachtungsweise wirft sie vor, „die empirischen Realitäten des Lebens in der DDR einfach nicht adäquat zu erfassen“. Denn: „Eine umfassendere Untersuchung der Sozialgeschichte der DDR enthüllt eine größere Komplexität und ein vielfältigeres Spektrum von Erfahrungen und Lebensweisen, als es mit dem schlichten Schwarzweißvokabular der Anprangerung aus der Zeit des Kalten Krieges erfasst oder dargestellt werden kann.“ Diese pauschale Abrechnung mit totalitarismustheoretischen Analysen der DDR er-

freut sich auch bei anderen Wissenschaftlern, vor allem aus dem Umfeld des Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), großer Beliebtheit. So erspart man sich die detaillierte Auseinandersetzung mit Abhandlungen und kaschiert gleichzeitig die eigene Unfähigkeit, die Realität methodisch und theoretisch angemessen zu erfassen.

Die sozialistische Transformation der ostdeutschen Gesellschaft wird als Versuch der Kommunisten beschrieben, eine egalitäre Gesellschaft zu verwirklichen. Dies sei jedoch nur die eine Seite der Entwicklung, die andere folge aus langfristigen sozioökonomischen Trends wie der anhaltenden Industrialisierung und Urbanisierung. Daß dies im Kontext einer zentralistischen Planwirtschaft anders verlief als in den westlichen Industrieländern, wird nicht eigens betont. Die „friedliche Revolution“ von 1989/90 bezeichnet Fulbrook als „protestantische Revolution“, da bei ihr Pastoren, Gebete und Kerzen vorherrschten. Die von der SED betriebene Entchristianisierung rückt die Autorin dagegen in den Hintergrund, denn diese würde nicht in ihr Bild von der SED passen, die angeblich „eine bessere, mehr Gleichheit und Gerechtigkeit verwirklichende Gesellschaft“ schaffen wollte.

Für Fulbrook war die DDR eine „partizipatorische Diktatur“, das heißt – zynisch formuliert – die Bevölkerung durfte mithelfen, die Diktatur zu stabilisieren und zu verbessern. Was eine totalitäre Diktatur ausmacht, nämlich Menschen in ein Korsett von Vorgaben und Zwängen zu stecken, um – nicht nur, aber vor allem – den „neuen Menschen“ und die „neue Gesellschaft“ zu schaffen, hat sich der Autorin offensichtlich nicht erschlossen. Für sie reduzieren sich totalitarismustheoretische Betrachtungen auf die Darstellung von Gewalt und Unterdrückung und den Dualismus von Tätern und Opfern. Ein derartiges Verständnis wird jedoch modernen totalitarismustheoretischen Argu-

mentationen nicht gerecht, die sehr wohl ein differenziertes Bild einer politisch gelenkten Gesellschaft zeichnen und dabei den Widerspruch zwischen dem totalitären Herrschaftsanspruch und den Realitäten des alltäglichen Lebens aufzeigen.

Die DDR scheiterte letztlich an einem un-aufhebbaren Widerspruch zwischen dem totalitären Gestaltungs- und Machtwillen der SED-Führung und den unzureichenden Entwicklungspotentialen einer hier-von gefesselten und blockierten Industriegesellschaft. Der totalitäre Kern der SED-Diktatur barg den Keim des Niedergangs und Untergangs in sich, hieran konnten auch die sich wandelnden Herrschaftsformen und die Sozialpolitik nichts ändern. Dies erschließt sich einer oberflächlichen Betrachtung von Alltag und Gesellschaft – wie sie in dem vorliegenden Buch vorgenommen wird – allerdings nicht.

Fulbrook verwechselt häufig die Diskussion von Reformen mit ihrer Umsetzung oder setzt dies gleich, so zum Beispiel nach dem Bau der Mauer, als die SED-Führung Kommunikés über verschiedene Dimensionen der Gesellschaft verfassen ließ. Tatsächlich gab es im SED-Staat, abgesehen von kleineren Lockerungen auf verschiedenen Feldern der Gesellschaft, keine durchgreifenden Reformen – der reale Sozialismus ließ sich bis zu seinem Untergang weder von Ochs noch Esel aufhalten. Wie in anderen Studien, zumeist aus dem Potsdamer ZZf, wird Walter Ulbricht als Reformierender und bei Fulbrook sogar als ein „intelligenter Denker beschrieben, der nach neuen Wegen suchte, um unter veränderten Bedingungen nahezu unlösbare Probleme anzupacken“.

Was charakterisierte nun – laut Fulbrook – das „normale Leben“ der DDR-Bevölkerung? Die Antwort fällt banal aus: Die Menschen arbeiteten, konsumierten – wenn auch unter den Bedingungen einer Mangelwirtschaft –, gestalteten ihre Freizeit so oder so, engagierten sich für die Gesellschaft (unter mehr oder weni-

ger starkem politischem Druck oder auch freiwillig), lachten, weinten und liebten. Wer wollte das bestreiten? Und daß sich Menschen, wenn sie sich der Alternativlosigkeit bewußt sind, auch mit einer Diktatur arrangieren und versuchen, das Beste für sich herauszuholen, ist eigentlich nicht der Rede wert – und schon gar nicht ein Buch von 364 Seiten.

Fulbrook übersieht keinesfalls alle negativen Seiten der DDR-Gesellschaft: das im Vergleich zum Westen immer schlechter werdende Gesundheitswesen, die unzureichende Wohnungsversorgung, den Alkoholismus und die von der SED tabuisierten Selbstmorde. Leider erwähnt sie weder die in der DDR deutlich unter der Bundesrepublik liegende Lebenserwartung, die sich nach der Wiedervereinigung sehr rasch der westdeutschen annäherte, noch den schlagartigen Rückgang der Selbstmordraten, die inzwischen in etwa auf westdeutschem Niveau sind. Fulbrook geht es um etwas anderes: Sie führt die negativen Seiten der DDR nicht auf die realsozialistische Politik zurück, sondern auf allgemeine Entwicklungstendenzen einer Industriegesellschaft. „Deshalb können wir mit großem Einfühlungsvermögen beginnen und, ohne eng ‚politisch‘ zu sein (wie etwa beim totalitären Ansatz), die Situation nüchterner betrachten: die Hindernisse, die Entscheidungen, die Auseinandersetzungen und Prioritäten und Strategien, die Folgen für die Lebensqualität sowie Muster der Krankheit, der Krankheitswille und der Mortalität.“ So weit, so gut bzw. schlecht. Doch dann wird die Autorin „politisch“: „Das allgemeine Versagen der ostdeutschen Planwirtschaft musste dazu führen, dass ausreichende Mittel für ein erfolgreicheres System des Gesundheitswesens fehlten – und dass daher die Vision der guten Gesellschaft, soweit es um grundsätzliche Fragen von Leben und Tod ging, letzten Endes aus ‚politischen‘ Gründen nicht verwirklicht werden konnte.“ Aha!

Den Versuch der SED und anderer kommunistischer Parteien, den „neuen Menschen“ und damit die „neue Gesellschaft“ zu schaffen, hat Fulbrook gänzlich mißverstanden. Es ging nicht, wie sie behauptet, um „Individuen, die sich auf umfassendere kollektive Einheiten und Kräfte stützten, sich engagierten und zu ihnen beitrugen“, sondern um eine Entindividualisierung, das heißt um das Aufgehen des Individuums im Kollektiv. Dies mißlang bekanntlich. Gerade Jugendliche, die sich der besonderen „Fürsorge“ des SED-Staates erfreuen konnten, widersetzten sich seit den siebziger und vor allem in den achtziger Jahren den Anmaßungen des vorgegebenen sozialistischen Kollektivs. Die „allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit“ existierte zumeist nur in den Sonntagsreden von SED-Politikern. Wie sich das von Fulbrook behauptete „starke moralische Verantwortungsgefühl“ der Bevölkerung für den Frieden, für die Umwelt, für den Charakter ihrer Gesellschaft und für deren Zukunft jenseits der offiziellen Vorgaben äußerte, führt sie leider nicht aus – oder meint sie etwa die unzähligen wilden Müllkippen, die DDR-Bürger freiwillig anlegten, die antipolnischen und ausländergefeindlichen Äußerungen sozialneidischer Bürger oder die verordnete Unterstützung für terroristische Gruppen überall auf der Welt, die sich als „Befreiungsbewegungen“ tarnten?

In der Beschreibung von Macht und Eliten in der DDR-Gesellschaft kommt die Autorin totalitarismustheoretischen Ansätzen sehr nahe. Schließlich läßt sich nicht bestreiten, daß das Machtmonopol im Herzen der staatstragenden Partei SED lag – ihrem Politbüro bzw. ihrem Ersten Sekretär oder Generalsekretär. Die sozialistische Intelligenz, die die alten vertriebenen bürgerlichen Eliten ersetzen sollte, wird ebenfalls weitgehend realistisch dargestellt. Doch wenn es um die Betrachtung im Detail geht, demonstriert Fulbrook die märchenhafte Phanta-

sie ihres sozialgeschichtlichen Ansatzes: „Sie [die Arbeiter] nahmen jedoch, wie wir sehen werden, in überraschender Zahl tatsächlich auf irgendeine Weise an der Machtausübung teil – als Funktionäre von Massenorganisationen oder in irgendeiner ehrenamtlichen Funktion. Selbst auf den untersten Ebenen des Betriebes konnten Inoffizielle Mitarbeiter der Stasi das Gefühl haben, dass sie eine wichtige Aufgabe erfüllten oder dass ihr individueller Wert irgendwie anerkannt wurde.“ Da sage noch jemand, die Stasi sei ein Unterdrückungsapparat gewesen. Nein, sie hat vielen hunderttausend Personen Selbstwertgefühl und Selbstbewußtsein vermittelt, die mit dem Untergang des SED-Staates verlorengingen.

Die in der DDR durchaus vorhandene Einkommens- und vor allem Vermögensungleichheit wird von der Autorin nur kurz angeschnitten und nicht empirisch unterfüttert. So bleibt es bei der banalen Feststellung, daß es privilegierte und weniger privilegierte Schichten gab.

Als „partizipatorische Diktatur“ bezeichnet Fulbrook das mehr oder weniger erzwungene gesellschaftliche Engagement der DDR-Bevölkerung. Hierzu läßt sich gemäß ihrer Argumentation getrost auch die inoffizielle Zusammenarbeit mit der Stasi zählen. So trugen letztlich nahezu alle in der DDR zur Stabilisierung der Diktatur bei und können heute hierfür in moralische Haftung genommen werden.

Das Buch endet, wie es begann: mit dem Hinweis auf die Komplexität der DDR, die schwierig zu erfassen und darzustellen sei. Hierzu hat Mary Fulbrook einen wertvollen Beitrag geleistet, denn vor lauter Komplexität verwischen sich in ihrer Betrachtung die Konturen der Diktatur, werden die Trennlinien zu einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ungenau und die Gemeinsamkeiten von SED und ihrem Volk hervorgehoben.

*Klaus Schroeder*

**Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Bd. 10/1: Die Militärische Niederwerfung der Wehrmacht; Bd. 10/2: Die Folgen des Zweiten Weltkriegs. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2008, 947 und 797 Seiten, je 49,90 €.**

In seinem Buch *Wartime: Understanding and Behavior in the Second World War* betitelt der amerikanische Literaturwissenschaftler und Infanterist des Zweiten Weltkriegs Paul Fussell jenes Kapitel, das sich mit dem Alltagsgrauen moderner Gefechtstätigkeit und den daraus folgenden seelischen Verheerungen auseinandersetzt, mit den Worten „The Real War Will Never Get in the Books“. In der Tat ist es schwierig, den „wirklichen Krieg“ in die Bücher zu bekommen, zumal einen solchen wie den Zweiten Weltkrieg, der hinsichtlich menschlicher Gewalterfahrungen wie kein Krieg vor ihm die Grenzen des Vorstellbaren aus den Angeln gehoben hat. Wieviel wirklicher Krieg steckt nun also in den letzten beiden Bänden jenes Reihenwerkes, mit dem das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr (MGFA) eine gültige Darstellung der deutschen Kriegsanstrengung von 1939 bis 1945 vorzulegen beabsichtigt?

Gemäß seiner Traditionslinie, die auf die Kriegsgeschichtliche Abteilung des preußisch-deutschen Generalstabs zurückverweist, ist für das MGFA Kriegsgeschichte zunächst einmal Operationsgeschichte. Es ist ein Krieg der Karten mit ihren Linien, Pfeilen, Fähnchen, Abkürzungen, Daten, durchgestrichenen Kesseln und Verbandsbezeichnungen. So findet sich auf der Ausklappkarte „Die Kämpfe um die Neiße- und Spreelinie (16. April bis 8. Mai 1945)“ auch jene 10. SS-Panzerdivision „Frundsberg“ wieder, in der der junge Günter Grass damals um sein Leben lief. Der langanhaltende Widerstand

der „Festung Posen“, in deren Windschatten Urgroßmutter, Großmutter und Mutter des Rezensenten über das Eis der Oder flohen, ist wiederum auf der Karte über die „sowjetischen Operationen vom 12. Januar bis 2. Februar 1945 zwischen Oder, Weichsel und Ostpreußen“ durch einen blauen Kreis im Rücken der als rote Pfeile vorwärts preschenden sowjetischen Stoß-, Garde- und allgemeinen Armeen kenntlich gemacht. Die Operationskarten und die zugehörige Form der Geschichtsschreibung spiegeln den Krieg wieder, wie ihn die Stäbe erlebten, wenn sie mit Fleiß, Akribie und bisweilen sogar intellektueller Brillanz das ungeheure Massensterben in den Großkämpfen dieses Krieges organisierten.

Richard Lakowski, der sein Historikerhandwerk noch in der DDR erlernt hat, widmet sich in seinem insgesamt gelungenen Beitrag der von der Roten Armee auch 1945 noch unter schwersten Verlusten erkämpften Zerschlagung der Wehrmacht im Osten. Aufgrund des relativ geringen Platzes, der für dieses Thema zur Verfügung stand, bleibt Lakowskis Beitrag allerdings bei einem eher handbuchartigen Zuschnitt, der die Komplexität des Geschehens zwar in eine gut nachvollziehbare Form bringt, aber nicht jene Wucht der Darstellung erreicht, mit der insbesondere Krisztián Ungváry im achten Band des Reihenwerkes das Grauen der Endkämpfe auf dem „Kriegsschauplatz Ungarn“ faßbar machte.

Während die Wehrmacht der Sowjetarmee auch 1945 noch härteste Kämpfe lieferte, glich der Krieg im Westen nach Überschreitung der Rheinlinie durch die Alliierten eher einem ungeordneten Auflösungsprozeß, bei dem die deutschen Truppenhaufen einem qualitativ und quantitativ überlegenen Gegner nur noch zum Preis von um ein Vielfaches höheren Eigenverlusten Gefechte liefern konnten. In seinem Beitrag über die „Deutsche militärische Kriegführung im Westen“ schil-

dert John Zimmermann die mitunter grotesk anmutenden Versuche der deutschen Militärführung, den Zusammenbruch mit Gegenangriffen, Riegelstellungen, „Festungen“ und Standgerichten aufzuhalten. Zimmermanns ausgeprägtes Bedürfnis, die damals auf deutscher Seite Handelnden moralisch zu verurteilen, ermöglicht es ihm aber leider nicht, deren Motive für die Fortsetzung des Wahnsinns in einer anthropologisch befriedigenden Weise aufzuschlüsseln. Daß er am Ende seiner Ausführungen dann auch noch den Anschluß an die hochgradig unseriöse Wehrmachtsausstellung sucht, verleiht dem ganzen eine ärgerliche Note, die um so heftiger ausfällt, als Zimmermann die durchaus planmäßigen Vergewaltigungsverbrechen französischer Kolonialtruppen beim Vormarsch in Südwestdeutschland mit keinem Wort erwähnt.

Der Marineoffizier Werner Rahn beweist dagegen in seiner Abhandlung zur deutschen Seekriegsführung von 1943 bis 1945, daß man Kritik und Einfühlungsvermögen fruchtbar miteinander verbinden kann. Der zeitliche Einstieg im Jahr 1943 ist insofern passend gewählt, als die operative Kriegsniederlage der Marine zu diesem Zeitpunkt bereits ähnlich total war wie die des Heeres zwei Jahre später. Was Rahn zu schildern hat, ist die Agonie eines langen Dahinsterbens, das in der überaus hohen Todesbereitschaft der untergeordneten Marineoffiziere und Soldaten immer wieder neue Nahrung fand. Großadmiral Karl Dönitz erweist sich dabei einmal mehr als besonders verblendeter und inkompetenter Heerführer, der allerdings seine Hybris mit dem Leben zweier auf Feindfahrt gefallener Söhne teuer bezahlte.

Zu den scheußlichsten Aspekten des zu Ende gehenden Krieges zählte zweifellos der alliierte Bombenkrieg, soweit er sich gegen die deutsche Zivilbevölkerung richtete. Horst Boog findet dafür ebenso kla-

re wie richtige Worte. Darüber hinaus gelingt es ihm aber auch, ein sehr differenziertes Bild von den alliierten Luftoffensiven zu zeichnen, die insoweit das Kriegsende beschleunigten, wie sie sich nicht gegen Wohngebiete, sondern gegen die deutsche Treibstoffversorgung und Verkehrsinfrastruktur richteten.

Zu den Erfahrungen der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs gehört ein nahezu vollständiger Kontrollverlust, der sie kollektiv und individuell zu Objekten des Handelns der Sieger machte. Die Soldaten der Wehrmacht erlebten diesen Kontrollverlust in Form der Kriegsgefangenschaft, die vielen von ihnen den Tod brachte. Rüdiger Overmans handelt dieses Thema in einem sehr ausführlichen Beitrag ab, bei dem man jedoch mitunter das Gefühl hat, durch einen Weichzeichner zu blicken. So mag Overmans für die Verlustziffern der in jugoslawischem Gewahrsam befindlichen Kriegsgefangenen nur sehr „konservative“ Schätzungen abgeben, da aus Belgrad noch kein diesbezügliches Aktenmaterial vorliegt. Im Hinblick auf die UdSSR geht der Autor leider nicht näher auf die dortigen Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Gefangene ein.

Den Kriegsverbrechen der Sowjetarmee beim Vormarsch in Deutschland widmet sich Manfred Zeidler in einem grundsoliden Beitrag. Im Hinblick auf die von Rotarmisten massenhaft verübten Vergewaltigungen wäre es indessen angebracht gewesen, die relativ enge Perspektive des deutsch-sowjetischen Krieges aufzubrechen und die Vergewaltigungspraxis der Roten Armee im russischen Bürgerkrieg in die Ursachenforschung einzubeziehen. Im Bürgerkrieg gab es schließlich seitens der Bolschewiki eine ähnlich enthemmte Haßpropaganda wie 1945 beim sowjetischen Vormarsch nach Deutschland, und so wurden die Frauen des besiegten „Klassenfeindes“ gleichfalls massenhaft zu Objekten sexueller Racheausübung. Eine sol-

che Perspektiverweiterung hätte den Fokus wohl auch stärker auf die sowjetische Führung und deren Kalkulationen gerichtet, als dies bei Zeidler der Fall ist, der eher den Motiven der Muschkoten nachspürt, die die direkte Gewalt ausübten.

Den wohl besten Beitrag der beiden Teilbände liefert Michael Schwartz mit seiner umfassenden Untersuchung zur ethnischen Säuberung der deutschen Ostgebiete. Dabei greift Schwartz weit in die Vorgeschichte aus und liefert ein detailliertes Panorama der Säuberungstheorien und -praktiken im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Von den grauenhaften Geschehnissen in den überrollten Ostgebieten und der befreiten Tschechoslowakei liefert Schwartz unter Einbeziehung mündlicher Geschichtsquellen ein sehr plastisches Bild, welches die Gewalterfahrungen der Zeitgenossen in einer Weise le-

bendig macht, die man in den beiden Bänden sonst eher vergeblich sucht.

Was in den beiden Bänden definitiv fehlt, ist ein Beitrag zum Zusammenbruch von Himmlers KZ-Imperium.

Abschließend sei noch die Karte zu den Menschenverlusten im Zweiten Weltkrieg erwähnt, bei der sich kleine Quadrate, die für jeweils 10 000 Tote stehen, über den beteiligten Ländern zu siloartigen Gebilden auftürmen. Das Deutsche Reich ist hier mit 5 180 000 toten Soldaten und 1 170 000 toten Zivilisten vertreten. Für die UdSSR lauten die Zahlen 13 000 000 Soldaten und 14 000 000 Zivilisten. Am meisten haben den Rezensenten allerdings die Zahlen für Indien überrascht, dort stehen 24 338 getöteten Soldaten 3 000 000 Ziviltote gegenüber.

*Michael Ploetz*